

# EU-WAHL-CHECK

**ABGLEICH DER DF-WAHLFORDERUNGEN  
MIT DEN EU-WAHLPROGRAMMEN DER PARTEIEN**



## INHALTSVERZEICHNIS

<b>EU-Wahl-Check // Abgleich der DF-Wahlforderungen mit den EU-Wahlprogrammen der Parteien</b> .....	2
Einleitung.....	2
<b>1. Gleichstellung bis 2030 verwirklichen</b> .....	4
a. Frauenrechte schützen und stärken.....	4
b. Gleichberechtigte Repräsentanz und Teilhabe von Frauen gewährleisten .....	5
c. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik geschlechtergerecht gestalten.....	5
d. EU-Politik feministisch ausrichten, auch Klima- und Handelspolitik.....	6
<b>2. Auf das Ergebnis kommt es an – Gender Impact Assessment einführen</b> .....	7
<b>3. Gewalt gegen Frauen und Mädchen beenden</b> .....	8
<b>4. Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte schützen und stärken</b> .....	8
<b>5. Rechte von geflüchteten Frauen und Mädchen wirksam durchsetzen</b> .....	9
<b>6. Feministische Außen- und Entwicklungspolitik voranbringen</b> .....	10
<b>ANNEX:</b>	
<b>Abgleich DF-Wahlforderungen mit EU-Wahlprogrammen</b> .....	11
Teil 1: SPD, CDU/CSU & B'90/Die Grünen .....	11
Teil 2: FDP, DIE LINKE & BSW .....	42

## EU-WAHL-CHECK

### Abgleich der DF-Wahlforderungen mit den EU-Wahlprogrammen der Parteien

#### Demokratie unter Druck

Die Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 entscheiden darüber, ob die Herzammer der europäischen Demokratie der Fortschrittsmotor für eine freiheitliche Demokratie bleibt, die Frauenrechte achtet und ausbaut. Oder ob in der EU rechtsextreme, populistische und demokratie- und/oder europafeindliche Parteien an Einfluss gewinnen, die mühsam errungene Fortschritte zunichtemachen.

Rechtsextreme, populistische und demokratie- und/oder europafeindliche Parteien bedrohen nicht nur hart erkämpfte Frauenrechte, sie bedrohen auch unsere freiheitliche Demokratie. Die negativen Beispiele von Ungarn und auch Polen vor dem Regierungswechsel mahnen, wohin rechtsnationale und rechtsextreme Ideologien Rechtsstaaten führen können. Auch die Ergebnisse der jüngsten Parlamentswahlen in Italien, den Niederlanden und Portugal geben Anlass zur Sorge.

Gleichberechtigung ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer demokratisch verfassten Gesellschaft und damit nicht verhandelbar. Rechtsextreme und rechtspopulistische Strömungen sehen Gleichberechtigung jedoch als Bedrohung einer Ordnung, die Männer privilegiert und Frauen unterordnet. Ihre Ablehnung richtet sich nicht nur gegen die Gleichstellung der Geschlechter, sondern auch gegen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt. Deshalb müssen Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Geschlechterfragen zusammen gedacht und entsprechende Schutzmaßnahmen innerhalb des politischen Rahmens etabliert werden.

Die Lebensader der Demokratie ist die Partizipation: **Die EU-Bürger\*innen haben es in der Hand etwas zu verändern, wenn sie zur Wahl gehen!** Der Deutsche Frauenrat ruft dazu auf, (nicht nur) bei der EU-Wahl im Juni für demokratische Parteien zu stimmen, die Frauenrechte verteidigen und stärken wollen. Rückschritt kann verhindert und Fortschritt erkämpft werden – an den Wahlurnen! Nur von demokratischen Mehrheiten kann eine starke, demokratische, geschlechtergerechte und durchsetzungsfähige EU weiterentwickelt werden.

## Gleichstellung in den EU-Wahlprogrammen<sup>1</sup>

Um Orientierung bei der Wahlentscheidung zu bieten, hat der Deutsche Frauenrat die Wahlprogramme der demokratischen, im Bundestag vertretenen Parteien unter die gleichstellungspolitische Lupe genommen. Auf Grundlage seiner eigenen [Wahlforderungen](#) sowie des [EU-Manifests der European Women's Lobby](#) analysiert die starke Stimme für Frauen - nach bestem Wissen und Gewissen, aber ohne Anspruch auf Vollständigkeit - im folgenden EU-Wahl-Check, wie die Parteien Frauenrechte stärken und mit welchen Mitteln sie Gleichstellung in Europa voranbringen wollen.

Der DF ruft dazu auf, für demokratische Parteien zu stimmen, die Frauenrechte schützen und stärken wollen. Dies ist bei der AfD nicht der Fall, daher wird sie beim EU-Wahl-Check nicht berücksichtigt. Der DF ist überparteilich, aber er ergreift Partei für den Schutz der Demokratie und der Rechte von Frauen und marginalisierten Gruppen. Deswegen warnt die starke Stimme für Frauen eindringlich vor der AfD, die in ihren Programmen und öffentlichen Äußerungen die Rechte von Frauen immer wieder in Frage stellt, hart erkämpften frauenpolitischen Fortschritt zurückdrehen will und keinen Hehl aus ihren rückwärtsgewandten Geschlechter- und Familienbildern macht.

Eine Kostprobe gefällig? Ungewollt Schwangeren sollen Abtreibungen verwehrt werden. Kinderrechte werden in Frage gestellt. Alleinerziehende – zu 90 % Frauen – sollen z.B. bei säumigen Unterhaltszahlungen nur noch dann staatliche Unterstützung erhalten, wenn dem Vater Zugang zum Kind gewährt wird. Organisationen, die Alleinerziehende unterstützen, sollen ihre Finanzierung verlieren. Paarfamilien mit kleinen Kindern sollen „wieder von einem Einkommen“ leben können, damit ein Elternteil sich Vollzeit um möglichst viele Kinder kümmern kann. Zudem will die AfD eine sogenannte „Genderideologie“ bekämpfen, da sie diese als Feind der Kleinfamilie ansieht. Damit zielt die AfD auf Ungleichheit und die Wiederherstellung einer vermeintlich natürlichen, patriarchalen Ordnung.

Für den DF ist daher klar: [Die AfD ist für Frauen unwählbar](#).

Einen **detaillierten Abgleich mit den DF-Wahlforderungen** mit Zitaten aus den jeweiligen Wahlprogrammen finden Sie im **Annex** ab Seite 11.

---

<sup>1</sup> Der EU-Wahl-Check konzentriert sich auf die sechs größten demokratischen Parteien, die in Deutschland für die EU-Wahl kandidieren, und diese nach Fraktions- bzw. Gruppengröße im Deutschen Bundestag gereiht (siehe Annex): SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, DIE LINKE und Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW).

## 1. GLEICHSTELLUNG BIS 2030 VERWIRKLICHEN

### a. Frauenrechte schützen und stärken

Die Gleichstellung der Geschlechter ist einer der Grundwerte der EU und bereits seit ihrer Gründung in den EU-Verträgen verankert. Rechtsextreme und populistische Parteien, antidemokratische und antifeministische Bewegungen mobilisieren u.a. mit rückwärtsgewandten und hierarchischen Geschlechtermodellen gegen die EU und ihre grundlegenden Werte. Der Deutsche Frauenrat fordert von allen Parteien, sich entschieden für Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt und Rechtsstaatlichkeit und gegen Diskriminierung einzusetzen. Die Rechte von Frauen und Mädchen müssen zum Leitprinzip der Europapolitik gemacht werden. Das bedeutet konkret u.a. ein konsequentes Gender Impact Assessment, die finanzielle Förderung einer vielfältigen Zivilgesellschaft, konkrete Maßnahmen gegen Geschlechterstereotype, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Sexismus und Diskriminierung sowie die Umsetzung und Fortführung einer auskömmlich finanzierten EU-Gleichstellungs-Strategie.

Fast alle im Rahmen des Wahl-Checks gesichteten Parteien konstatieren, dass die EU als Wertegemeinschaft v.a. von extremistischen bzw. rechtskonservativen und autokratischen Kräften herausgefordert wird und damit Demokratie und Rechtsstaat unter Druck stehen. Ausnahme bildet das BSW, welches die Politik der „EU-Technokraten“ selbst als eine Gefahr für die Demokratie darstellt und die Integration Europas als „Irrweg“ sieht. Die neu gegründete Partei ruft dazu auf, EU-Vorgaben nicht umzusetzen, falls diese der „wirtschaftlichen Vernunft, sozialen Gerechtigkeit, Frieden, Demokratie und Meinungsfreiheit zuwiderlaufen“, was einer willkürlichen Umsetzung von EU-Richtlinien Tür und Tor öffnen würde.

Von den sechs Parteien setzen sich SPD, B'90/Die Grünen, FDP und Die Linke explizit und mit konkreten Vorschlägen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung und für ein vielfältiges Europa ein. Die SPD betont in ihrem Programm, „Frauenrechte, die Rechte von People of Color wie auch die Rechte von Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ+-Personen sind Menschenrechte“ und plädiert dafür, dass die EU-Kommission Mitgliedstaaten vor den Europäischen Gerichtshof bringt, die gegen die Werte aus Artikel 2 EU-Vertrag verstoßen. Für B'90/Die Grünen gilt die EU als „Garantin für Geschlechtergerechtigkeit“, welche sich durch „alle Politikbereiche“ ziehen sollte. B'90/Die Grünen sprechen sich als einzige explizit für die Förderung von Frauenrechtsorganisationen (aus Ländern des Globalen Südens) aus. Die FDP möchte, dass die EU im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eng mit den Menschenrechtsinstitutionen des Europarates, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und den Vereinten Nationen zusammenarbeitet. Die Linke schlägt verbindliche Anti-Sexismus-Regelungen im öffentlichen und privaten Sektor und länderübergreifende Monitoring-Projekte vor, die die Vernetzung der extremen Rechten im Blick behalten sollen.

Die CDU/CSU betont die Bedeutung einer „europäischen Leitkultur“, einer freiheitlichen Grundordnung und der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Lediglich SPD und B'90/Die Grünen beziehen sich im Wahlprogramm auf die EU-Gleichstellungsstrategie. Während die SPD einfordert, dass die aktuelle auslaufende Strategie umgesetzt, erneuert und mit eigenem Budget unterlegt wird, fordern B'90/Die Grünen lediglich diese zu evaluieren.

Insgesamt ist festzustellen, dass – außer dem BSW – alle gesichteten Parteien die Grundwerte der EU durch extremistische und autokratische Kräfte bedroht sehen und gleiche Rechte für alle Menschen in ihrem Programm nennen, die zu schützen und zu stärken sind.

### **b. Gleichberechtigte Repräsentanz und Teilhabe von Frauen gewährleisten**

Ein zentraler Aspekt von Gleichstellung ist die gleichberechtigte Repräsentanz und Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen. Der Deutsche Frauenrat hat konkrete Forderungen zur Verwirklichung dieses Ziels formuliert, wie die paritätische Besetzung von Parlamenten und EU-Entscheidungsorganen sowie wirksame gesetzlich verankerte Regelungen zur Frauenförderung in der Privatwirtschaft. Diese Forderungen spiegeln sich in unterschiedlichem Maße in den EU-Wahlprogrammen der demokratischen Parteien wider.

Die Wahlprogramme von SPD sowie Bündnis 90/Die Grünen enthalten ein Bekenntnis zu mehr gleichberechtigter Teilhabe und verknüpfen dies mit konkreten Forderungen wie Quoten im politischen und wirtschaftlichen Raum, einschließlich der paritätischen Besetzung der EU-Kommission. Die Forderung des DF nach einer EU-Kommissar\*in explizit für Frauenrechte findet sich allein im Wahlprogramm der SPD wieder. Bündnis 90/Die Grünen legen in ihrem Programm einen besonderen Schwerpunkt auf die Beteiligung von Frauen und Mädchen im Kontext der EU-Diplomatie.

Die anderen demokratischen Parteien bleiben vager in ihren Forderungen bzw. erwähnen keine entsprechenden Maßnahmen in ihren Programmen: Bei der CDU/CSU bleibt der Themenbereich ausgespart. Die FDP setzt sich für verschiedene grundsätzliche Neuerungen zur besseren Teilhabe im Rahmen einer Reform des EU-Direktwahlaktes ein, spricht sich aber explizit gegen die Einführung einer Geschlechterquote aus. Die Linke fordert „die volle Teilhabe aller Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen“, hält sich aber mit konkreten Forderungen zurück und das BSW plädiert schlicht für eine stärkere Bürgerbeteiligung, die aber nicht konkret ausgeführt wird.

### **c. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik geschlechtergerecht gestalten**

Bisher hat die EU richtungweisende Impulse für eine gleichstellungspolitische Ausrichtung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auf den Weg gebracht. Die Vereinbarkeits- und die Entgelttransparenzrichtlinie setzen europaweit Standards für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für faire

geschlechtergerechte Gehaltsstrukturen. Der Deutsche Frauenrat fordert die demokratischen Parteien auf, die europäischen Rahmbedingungen für eine geschlechtergerechte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik umzusetzen und weiter zu stärken.

Ein Blick in die Wahlprogramme zeigt, dass SPD, B'90/Die Grünen und Die Linke sich für eine konsequente Umsetzung der Entgelttransparenzrichtlinie und die (monetäre) Aufwertung von frauendominierten Sorgeberufen einsetzen. Die Forderung nach einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf findet sich – mit Ausnahme des BSW – in allen Programmen der demokratischen Parteien wieder, die politischen Lösungsvorschläge variieren jedoch: Die CDU will durch eine bessere Vereinbarkeit v.a. Frauen dabei unterstützen, von Teilzeit auf Vollzeit zu wechseln. Die FDP will den Ausbau bezahlbarer Kinderbetreuung vorantreiben und Europaabgeordneten nach Geburt eines Kindes ermöglichen, online an Abstimmungen teilzunehmen. SPD, B'90/Die Grünen und Die Linke setzen sich u.a. dafür ein, den Gender Care Gap zu schließen, indem mehr Männer Verantwortung bei der Sorgearbeit übernehmen.

In der Gesamtschau schlagen die Wahlprogramme von SPD, B'90/Die Grünen und Die Linke die weitestgehenden Maßnahmen für eine geschlechtergerechte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vor, CDU/CSU und FDP formulieren im Vergleich nur punktuelle Forderungen. Das Wahlprogramm des BSW verzichtet komplett auf eine Geschlechterperspektive in dem Politikbereich.

#### **d. EU-Politik feministisch ausrichten, auch Klima- und Handelspolitik**

##### **Klima**

Frauen sind unverhältnismäßig stark von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen.<sup>2</sup> Zugleich sind sie bedeutende Akteurinnen, die umfassend in den grünen Wandel miteinbezogen werden müssen, um ihn voranzutreiben.

Diese Erkenntnis findet sich leider nur in drei von sechs der gesichteten Wahlprogramme wieder. CDU/CSU, FDP und BSW gehen nicht auf die Geschlechteraspekte der Klimapolitik ein. Dagegen fordert B'90/Die Grünen, dass „klimaneutral“ immer auch „sozial- und geschlechtergerecht“ heißen muss. SPD und Die Linke fordern Gender Impact Assessments im Klimabereich. Die SPD geht hier voran und macht sich für einen feministischen Green Deal stark.

In Bezug auf geschlechtergerechte Klimapolitik gibt es demnach große Varianz zwischen den Parteien.

---

<sup>2</sup> Vgl. DF-Positionspapier (2023): Klimagerechtigkeit jetzt – Ansätze für eine feministische Klimapolitik, abrufbar unter [Klimagerechtigkeit jetzt! – Deutscher Frauenrat](#).

### **Handel und Wirtschaft**

Der Deutsche Frauenrat setzt sich für den Wandel hin zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft ein, dafür, dass die Genderperspektive in Handelsabkommen und einem starken Lieferkettengesetz verankert ist. Um Frauen die eigene Existenzsicherung zu ermöglichen, ist eine gerechte Verteilung von Sorgearbeit notwendig. Um das Bewusstsein für den Wert der Sorgearbeit zu stärken, soll die Versorgungsökonomie jährlich ausgewiesen werden.

Diese letzte Forderung findet sich bislang in keinem der Wahlprogramme wieder, obwohl sie leicht umzusetzen wäre. Sorgearbeit umzuverteilen und Sorgeberufe aufzuwerten, nehmen sich B'90/Die Grünen, Die Linke und SPD vor.

Während CDU und FDP das europäische Lieferkettengesetz in der jetzigen Form ablehnen, setzen sich SPD, B'90/Die Grünen und Die Linke für ein starkes, menschenrechtsbasiertes Gesetz ein. In Bezug auf die Handelspolitik sehen die drei letztgenannten Parteien den Bedarf, Menschenrechte in den Abkommen abzusichern und globale Ungleichheit anzugehen. Die Linke will hierfür Frauennetzwerke in Verhandlungen über Handelsabkommen einbeziehen. B'90/Die Grünen orientieren sich an den UN-Nachhaltigkeitszielen. Die SPD macht sich für eine feministische Perspektive in der Handelspolitik stark.

## **2. AUF DAS ERGEBNIS KOMMT ES AN – GENDER IMPACT ASSESSMENT EINFÜHREN**

In der EU wurde Gender Mainstreaming – also die Verpflichtung bei allen Entscheidungen von vornherein Gleichstellungsaspekte zu berücksichtigen – im 1999 in Kraft getretenen Vertrag von Amsterdam verankert und in der Folge durch den Vertrag von Lissabon (2009) in Art. 8 AEUV geregelt.

Dafür ist ein konsequentes Gender Impact Assessment in allen Politikbereichen und damit die systematische Überprüfung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen (Gesetzesfolgenabschätzung) jeder Maßnahme, jeder Verordnung, jeder Richtlinie, sowie des gesamten EU-Haushalts, unverzichtbar. Gerade der EU-Haushalt stellt ein wichtiges Steuerungsmittel dar. Eine gerechte Verteilung von EU-Haushaltsmitteln kann nur erfolgen, wenn die Gleichstellung von Frauen und Männern von Anfang an mitgedacht wird.

Der Deutsche Frauenrat begrüßt, dass entsprechende Maßnahmen in zwei der hier analysierten Wahlprogramme aufgenommen wurden. Die Wahlprogramme von SPD und B'90/ Die Grünen enthalten die konkrete Forderung nach Gender Budgeting, letztere fordern darüber hinaus auch die Einführung von Gleichstellungsschecks. Die Linke fordert zwar einen größeren Haushalt und mehr Mittel im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit, verzichtet aber auf eine konkrete Forderung nach einem geschlechtergerechten Haushalt. In den Wahlprogrammen von CDU/CSU, FDP und BSW fehlen Ausführungen zum Gender Impact Assessment und geschlechtergerechtem Haushalt.

Die Kürzung der finanziellen Mittel der Staaten, die gegen Grundrechte und Grundwerte der EU verstoßen, ist als Forderung ebenfalls in mehreren Wahlprogrammen enthalten. Während CDU/CSU sich nur auf das bereits bestehende Sanktionsverfahren bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit berufen und dieses offenbar für ausreichend halten, fordern SPD und FDP eine Ausweitung dieser Sanktionierungsmöglichkeit auf Verstöße gegen die weiteren Werte aus Art. 2 EUV. Die FDP nennt

dabei auch Verstöße gegen die Bürgerrechte von LGBTIQ\*. B'90/Die Grünen möchte darüber hinaus auch Verstöße gegen die Grundrechtecharta in das Sanktionsverfahren einbeziehen.

### **3. GEWALT GEGEN FRAUEN UND MÄDCHEN BEENDEN**

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist die am weitesten verbreitete Menschenrechtsverletzung. Für viele Frauen und Mädchen in Europa gehört Gewalt zum Alltag. Sie ist Ausdruck, Folge und Ursache struktureller Ungleichheit zwischen Frauen und Männern. Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention und der Verabschiedung der Richtlinie gegen Gewalt ist die EU im vergangenen Jahr bereits wichtige Schritte gegangen, um Gewalt wirksam zu bekämpfen. Erfreulich ist deshalb, dass bei allen Parteien, außer dem BSW, eine große Übereinstimmung herrscht, dass die Istanbul-Konvention in ganz Europa umgesetzt werden muss. Es wird deutlich, dass das Thema den Parteien ein echtes Anliegen ist. So schlagen verschiedene Parteien in den Programmen differenzierte Maßnahmen vor. Einen ganzheitlichen Ansatz zur Gewaltbekämpfung wählt die SPD und setzt sich u.a. die Gewaltprävention und auch die Bekämpfung von Cybergewalt zum Ziel. B'90/Die Grünen und Die Linke nehmen im Gewaltschutz eine intersektionale Perspektive mit den entsprechenden Maßnahmen ein. SPD und B'90/Die Grünen setzen sich für die Verabschiedung und Umsetzung der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ein. Die ILO-Konvention 190 gegen sexuelle Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz wird leider von keiner Partei erwähnt.

### **4. SEXUELLE UND REPRODUKTIVE GESUNDHEIT UND RECHTE SCHÜTZEN UND STÄRKEN**

Sexuelle und reproduktive Rechte sind Menschenrechte. Jeder Mensch hat das Recht auf selbstbestimmte Entscheidungen in Bezug auf Sexualität, Schwangerschaft, Geburt und Mutterschaft, frei von Diskriminierung, Gewalt und Zwang. Nicht zuletzt der sogenannte Matić-Bericht fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, sexuelle und reproduktive Gesundheit sicherzustellen und Diskriminierungen abzubauen. Der Deutsche Frauenrat setzt sich für einen diskriminierungsfreien Zugang zu Gesundheitsleistungen und entsprechenden Informationen ein sowie für eine selbstbestimmte Familienplanung, Sexuaufklärung, einen uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln und Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt, wie z.B. Genitalverstümmelung bei Mädchen und Frauen. Erfreulich ist, dass SPD, B'90/Die Grünen, FDP und Die Linke in ihren Wahlprogrammen die Stärkung der Gesundheit von Frauen verankert haben. CDU/CSU und BSW sparen dieses Themenfeld in Gänze aus.

Für den Zugang zu einem sicheren Schwangerschaftsabbruch setzen sich SPD, B'90/Die Grünen, FDP und Die Linke ein. Darüber hinaus haben SPD, B'90/Die Grünen und Die Linke den uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln in ihren Wahlprogrammen verankert. Für die Förderung geschlechtsspezifischer

Forschung setzen sich B'90/Die Grünen und Die Linke ein. Die FDP fokussiert sich auf die Legalisierung von Eizellenspende und Leihmutterchaft sowie auf einen europaweiten Endometriose-Aktionsplan. Für die Rechte und Gesundheitsversorgung von queeren Menschen machen sich besonders Die Linke und B'90/Die Grünen stark. Sexual- und Beziehungserziehung erwähnt ausschließlich die SPD in ihrem Wahlprogramm. Den Schutz vor weiblicher Genitalverstümmelung benennt keine der Parteien.

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte sind für vier der sechs betrachteten Parteien ein wichtiges Anliegen – wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunkten.

## **5. RECHTE VON GEFLÜCHTETEN FRAUEN UND MÄDCHEN WIRKSAM DURCHSETZEN**

Menschenrechtsbasierte und solidarische Migrations- und Fluchtpolitik ist aus Sicht des Deutschen Frauenrats in der Europäischen Union unabdingbar. Dafür klar einzustehen ist angesichts des neuen Asylpaktes wichtiger denn je. Vor allem Frauen, Mädchen und queere Menschen sind bei einer europäischen Asylpolitik als vulnerable Gruppe speziell in den Blick zu nehmen und brauchen besonderen Schutz.

Während alle Wahlprogramme Inhalte zur Migrations- und Fluchtpolitik enthalten, kommen die besonderen Bedürfnisse von geflüchteten Frauen, Mädchen und queeren Menschen kaum vor. Der grundsätzliche humanitäre Schutz vor Verfolgung zieht sich zwar als Konsens durch alle Wahlprogramme, Ausmaß und Ausgestaltung variieren allerdings stark.

So konzentrieren sich die Forderungen von FDP, CDU/CSU und BSW vor allem auf die Eindämmung der Migration. Die FDP befürwortet die Einrichtung Europäischer Asylzentren an den EU-Außengrenzen. CDU/CSU, FDP und BSW stehen für die Ermöglichung der Prüfung von Asylanträgen in Drittstaaten. Die CDU/CSU stellt sich hinter den europäischen Migrationspakt, BSW setzt vor allem auf die Eindämmung von Fluchtursachen vor Ort.

SPD, B'90/Die Grünen sowie Die Linke stehen für eine solidarische Fluchtpolitik. Sie stellen sich gegen eine Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten und wollen legale und sichere Fluchtwege schaffen. B'90/Die Grünen und Die Linke betonen, dass faire Arbeitsbedingungen und Schutz vor Ausbeutung für alle Menschen gegeben sein müssen. Die Linke zeigt zudem am Beispiel der Geflüchteten aus der Ukraine auf, dass die Aufnahme unabhängig von der Herkunft schneller und unbürokratischer funktionieren muss, außerdem sollen auch Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis eine umfangreiche Gesundheitsversorgung erhalten.

Auf den konkreten Schutz von Frauen, Mädchen und queeren Menschen gehen SPD und B'90/Die Grünen nur in begrenztem Maße ein. Die SPD nennt dabei die Ausnahme von Familien mit Kindern und anderen vulnerablen Gruppen von Grenzverfahren. B'90/Die Grünen führt aus, dass die Bedarfe besonders

schutzbedürftiger Gruppen besonders in den Blick zu nehmen sind. Die Linke fordert bedarfs- und bedürfnisgerechte Unterbringung und Schutzräume für geflüchtete Frauen und ihre Kinder sowie für trans\* und queere Menschen und Fachpersonal mit gender- und queersensibler Schulung in den Unterkünften. Der individuelle Bedarf besonders schutzbedürftiger Gruppen soll berücksichtigt werden und zivilgesellschaftliche Initiativen und NGOs finanziell unterstützt und gestärkt werden.

Konkrete Ansätze zu Gewaltschutz für diese besonders schutzbedürftigen Gruppen auf Fluchtrouten und in Erstaufnahmelagern sowie die Gewährung eines eigenen Aufenthaltsstatus finden sich in keinem Wahlprogramm. Insgesamt ist die Perspektive vulnerabler Gruppen in den Wahlprogrammen wenig mitgedacht.

## **6. FEMINISTISCHE AUßEN- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK VORANBRINGEN**

Geschlechtergerechtigkeit muss konsequent als Leitbild des europäischen außenpolitischen Handelns der internationalen und Entwicklungszusammenarbeit angewandt werden. Der DF setzt sich hierbei für die Umsetzung der 4Rs ein: Rechte, Repräsentanz, Ressourcen und Research, also Forschung und Daten. Vier der sechs betrachteten Parteien gehen nicht auf das Konzept der feministischen Außenpolitik oder explizit auf eine Geschlechterperspektive in Außen- und Entwicklungspolitik ein.

Weitgehende Übereinstimmungen finden sich dagegen zwischen den Forderungen des Deutschen Frauenrats und den Vorschlägen, die SPD und B'90/Die Grünen vorlegen. Der DF plädiert dafür von Anfang an die Ressourcenfragen zu sichern, um nicht auf EU-Ebene in eine ähnliche Situation zu kommen, wie aktuell auf Bundesebene, wo der feministischen Entwicklungshilfe immer weiter Mittel gekürzt werden.

## ANNEX: ABGLEICH DF-WAHLFORDERUNGEN MIT EU-WAHLPROGRAMMEN

### Teil 1: SPD, CDU/CSU & B'90/Die Grünen<sup>3</sup>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<b>1.) Gleichstellung bis 2030 verwirklichen</b>			
<b>a) Frauenrechte schützen und stärken:</b>			
<p>/// Die <b>Stärkung der Demokratie</b> durch gleiche <b>Teilhabe von Frauen und Mädchen</b> in allen Entscheidungsgremien und -ebenen von Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Kultur.</p> <p>/// Die Förderung der <b>Zivilgesellschaft</b> in all ihrer Vielfalt.</p> <p>/// Die Überprüfung der Wirkungen der <b>EU-Strategie</b> auf die Gleichstellung der</p>	<p>„Nur wenn die EU es schafft, sich ihrer <b>inneren Demokratiefeinde</b> zu erwehren, kann sie sich auch glaubhaft für ihre <b>Werte</b> in der Welt einsetzen.“ (S. 21)</p> <p>„Zudem fordern wir, dass die EU-Kommission Mitgliedsstaaten vor den Europäischen Gerichtshof bringt, die gegen die <b>Werte</b> aus Artikel 2 EU-Vertrag verstoßen.“ (S. 22)</p>	<p>„Das Erstarken <b>extremistischer, antiliberaler Kräfte und antiwestlicher Parallelgesellschaften</b> bedrohen das Fundament des europäischen Projekts und der freiheitlichen Demokratie.“ (S. 1)</p> <p>„Die Achtung der <b>Menschenwürde, Frieden und Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit,</b> soziale und ökologische</p>	<p>„Wir setzen uns dafür ein, dass zivilgesellschaftliche und insbesondere <b>Frauenrechtsorganisationen</b> aus Ländern des <b>Globalen Südens</b> nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund direkt durch die EU <b>gefördert</b> werden.“ (S. 72)</p> <p>„In der Zusammenarbeit mit der <b>Zivilgesellschaft</b> muss die EU verlässliche <b>Partnerin</b> sein für all</p>

<sup>3</sup> Teil 2 mit Zitaten aus den Wahlprogrammen von FDP, DIE LINKE und BSW beginnt ab Seite 41.

<sup>4</sup> Die DF-Wahlforderungen zur EU-Wahl 2024 sind abrufbar unter [Europawahl 2024 – Deutscher Frauenrat](#).

<sup>5</sup> SPD (2024): Gemeinsam für ein starkes Europa – Das Wahlprogramm der SPD für die Europawahl 2024. Abrufbar unter <https://www.spd.de/programm/europaprogramm>.

<sup>6</sup> CDU/CSU (2024): Mit Sicherheit Europa – Für ein Europa, das schützt und nützt. Wahlprogramm von CDU und CSU zur Europawahl 2024. Abrufbar unter <https://www.europawahl.cdu.de/wahlprogramm>.

<sup>7</sup> Bündnis 90/Die Grünen (2024): Was uns schützt – Europawahlprogramm 2024. Abrufbar unter [https://cms.gruene.de/uploads/assets/20240306\\_Reader\\_EU-Wahlprogramm2024\\_A4.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/assets/20240306_Reader_EU-Wahlprogramm2024_A4.pdf).

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<p>Geschlechter 2020-2025, die Ergebnisse in eine Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2.0 für 2025-2030 miteinzubeziehen, mit einem <b>Aktionsplan</b> "Gleichstellung bis 2030 in allen Politikfeldern verwirklichen" zu unterlegen und hierfür ein eigenes <b>Budget</b> bereitzustellen.</p> <p>/// Ambitionierte Maßnahmen, um <b>Gender-Stereotypen</b>, Sexismus und sexistische Hassreden sowie ihre Auswirkungen in allen Gesellschaftsbereichen zu bekämpfen, auch in den (digitalen) Medien, in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt.</p> <p>/// Die Gewährleistung und Stärkung des <b>Selbstbestimmungsrechts</b> von Frauen und Mädchen.</p> <p>/// Die Bekämpfung <b>gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit</b> – u.a.</p>	<p>„Die EU ist unsere Gemeinsamkeit, die uns ohne Angst und Träumereien verschieden sein lässt. Mit ihren <b>gemeinsamen Werten</b> stiftet die EU Identität. Auf dieser identitätsstiftenden Gemeinsamkeit bauen wir zuversichtlich die Zukunft der EU auf. Dagegen missbraucht die <b>rechtspopulistische Politik</b> der Aus- und Abgrenzung die bereichernde Vielfalt in der <b>EU als Feindbild</b>. Sie ist respektlos und menschenfeindlich. Ihrer Negativität mit ihren scheinbar einfachen, untauglichen Antworten, aber insbesondere ihren <b>Lügen</b> und ihrem <b>Hass</b>, stellen wir uns robust und geschlossen entgegen.“ (S. 30)</p> <p>„Frauenrechte, die Rechte von People of Color wie auch die Rechte von Menschen mit Behinderungen und LGBTQ+-Personen sind <b>Menschenrechte</b>.“ (S. 36)</p>	<p>Verantwortung – das macht uns Europäer im Besonderen aus.“ (S. 2)</p> <p>„Extremisten, Islamisten und Antisemiten sagen wir den Kampf an.“ (S. 6)</p> <p>„Unser Ziel ist, die europäische <b>Wertegemeinschaft</b> und damit auch den Zusammenhalt unter den Europäern zu stärken. Gerade in dieser schwierigen Zeit ist ein <b>starkes Miteinander</b> unverzichtbar. Wir stehen zu einer <b>europäischen Leitkultur</b>, die von der Achtung der Menschenwürde, Freiheit, <b>Rechtsstaatlichkeit, Toleranz und solidarischem Miteinander</b> geprägt ist.“ (S. 20)</p> <p>„Wir stehen für ein starkes Europa, das in Fragen der <b>Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit</b></p>	<p>diejenigen, die <b>frauen- und menschenrechtliche Perspektiven</b> schaffen sowie Freiheit und <b>Selbstbestimmung</b> voranbringen wollen. Durch die Geschichte von <b>Kolonialismus</b> und jahrzehntelanger Unterstützung autoritärer Regierungen trägt <b>Europa</b> hier eine besondere <b>Verantwortung</b>.“ (S. 82)</p> <p>„Die Europäische Union (EU) ist ein <b>Raum der Freiheit, der Sicherheit und der Demokratie</b>. (...) Wir wollen die EU in ihrer Fähigkeit stärken, die Rechte und Freiheiten derer zu schützen, die hier leben. (...) Wir wollen die europäische Demokratie stärken (...), die <b>Rechtsstaatlichkeit</b> ausbauen, die allen Bürger*innen Sicherheit und <b>gleiche Rechte</b> bietet.“ (S. 86/87)</p> <p>„<b>Autoritäre Kräfte</b> innerhalb und außerhalb Europas stellen unseren</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
antifeministische, rassistische, antisemitische, islamfeindliche, homo- und transfeindliche Einstellungen und völkisch-nationale Ideologien - mit einer konsequenten Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik.	„Die europäische <b>Gleichstellungsstrategie</b> muss weiterhin umgesetzt werden, insbesondere in Form qualitativer und quantitativer Maßnahmen, die die Erwerbsbeteiligung von Frauen stärken. Auch die LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie (...) muss konsequent umgesetzt und stetig weiterentwickelt werden. Beide Strategien sollten (...) mit einem eigenen <b>Budget</b> ausgestattet, für die Zeit von 2025 bis 2030 erneuert werden.“ (S. 36)	mit einer Stimme spricht., Ein Europa, das Autokraten selbstbewusst entgegentritt und denjenigen zur Seite steht, die für unsere <b>freiheitliche Grundordnung</b> kämpfen.“ (S. 24)  „Wir stehen für ein bürgernahes Europa, das <b>Familien</b> unterstützt, Chancen für alle schafft und die <b>Gleichstellung von Frauen und Männern</b> und die Solidarität zwischen den Generationen fördert. Ein Europa, das die <b>Schwächsten in unserer Gesellschaft</b> schützt – online und offline.“ (S. 25)  „Wir stehen für ein demokratisches Europa, in dem die Bürgerinnen und Bürger entscheiden. Ein Europa, das seine <b>Grundwerte</b> innerhalb und außerhalb seiner Grenzen hochhält. Ein Europa, das	Zusammenhalt indes infrage, indem sie einzelne <b>Gruppen zum Feindbild</b> erklären. Das schwächt uns alle und droht unseren Kontinent zu spalten. Dem treten wir entschieden entgegen. Ein <b>vielfältiges Europa</b> ist ein starkes Europa: Es sorgt dafür, dass alle beitragen und teilhaben können. <b>Wir stehen fest an der Seite all jener, die ausgegrenzt und diskriminiert werden.</b> “ (S. 87)  „In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der EU. (...) Für einen Kontinent, in dem die Menschen in Freiheit und unter <b>demokratischen Werten</b> sicher leben.“ (S. 88)  „Frauen und Mädchen sollen in der gesamten EU <b>gleichgestellt</b> und <b>selbstbestimmt</b> leben können. (...) Oft war <b>Europa die Vorreiterin für Frauenrechte und Gleichstellung</b> der Geschlechter. Doch rechte und

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
		<p>garantiert, dass alle <b>Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz gleich sind</b>. Ein Europa, das das Vertrauen all jener zurückgewinnt, die sich nicht gehört oder zurückgelassen fühlen.“ (S. 25)</p>	<p><b>rechtskonservative Kräfte</b> in vielen Ländern nehmen unsere Errungenschaften ins Visier. Sie versuchen durch eine <b>rückwärtsgewandte Familienpolitik</b>, Frauen aus dem Arbeitsmarkt zu drängen.“ (S. 91)</p> <p>„Unser Ziel ist es, dass die <b>EU</b> eine <b>Garantin für Geschlechtergerechtigkeit</b> auf unserem Kontinent wird. Geschlechtergerechtigkeit soll sich <b>durch alle Politikbereiche der Union</b> ziehen. (...) Die Gender-Equality-<b>Strategie</b> der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig und umfangreich <b>evaluiert</b> werden.“ (S. 91)</p>
<b>b) Gleichberechtigte Repräsentanz und Teilhabe von Frauen gewährleisten:</b>			
<p><b>/// Paritätisch besetzte Listenmandate</b> bei der Aufstellung der Kandidat*innen für die Wahlen zum EU-Parlament.</p>	<p>„Selbstverständlich ist dabei, dass wir uns für <b>paritätisch besetzte Wahllisten</b> einsetzen, damit sich der Frauenanteil in der Gesellschaft auch im</p>		<p>„Wir setzen uns für einen <b>paritätischen Frauenanteil</b> in den außenpolitischen Institutionen der EU ein (...). Die Perspektiven von</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<p>/// Die paritätische Vertretung der Geschlechter in Form einer <b>50/50 Repräsentation in allen EU-Entscheidungsorganen</b> sicherzustellen, auch für die „Top-Jobs“ in der EU.</p> <p>/// Eine*n <b>EU-Kommissar*in</b>, die/ der ausschließlich <b>für Frauenrechte</b> und die Gleichstellung der Geschlechter zuständig ist, sowie die Durchsetzung des <b>Gender Impact Assessments</b> bei allen anderen Generaldirektionen.</p> <p>/// Wirksame gesetzlich verankerte <b>Regelungen zur Frauenförderung</b> in der Privatwirtschaft und zu Parität in den Führungspositionen von Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Kultur in allen Mitgliedsstaaten.</p>	<p>Europäischen Parlament widerspiegelt.“ (S. 22)</p> <p>„Wir sorgen dafür, dass Frauen gerechter in <b>Entscheidungsprozessen</b> in der Politik sowie in Unternehmen vertreten sind. <b>Quoten</b> und Reißverschlusslisten, aber auch eine bessere geschlechtersensible politische Kultur und Unternehmenskultur sind hier geeignete Maßnahmen. Die <b>EU-Führungspositionen-Richtlinie</b> (2022) ist ein Meilenstein für die Gleichstellung in Europa. (...) Wir planen in einem nächsten Schritt, die <b>Vorstände</b> aller in der Europäischen Union ansässigen Unternehmen in den Blick zu nehmen.“ (S.36)</p> <p>„Wir streben <b>Geschlechterparität</b> in der neuen <b>EU-Kommission</b> an und werden dafür sorgen, dass erneut eine Kommissarin ausdrücklich für das Thema Gleichstellung zuständig ist –</p>		<p>Frauen und Mädchen sollen bei allen internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die Kapazitäten für <b>Gender und Diversität in der EU-Diplomatie</b> wollen wir stärken (...).“ (S. 69)</p> <p>„Die Möglichkeit zur <b>gleichberechtigten Teilhabe</b> aller ist einer dieser Grundwerte – und eine <b>Grundvoraussetzung für unseren Zusammenhalt</b>. Das gilt nicht zuletzt für die Rechte von Frauen. Solange die Hälfte der Bevölkerung in vielen Lebensbereichen benachteiligt ist, solange ist unsere <b>Demokratie</b> nicht vollständig.“ (S. 87)</p> <p>„Solange Frauen in <b>Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft</b> nicht angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. (...) Wir begrüßen, dass die <b>Richtlinie zu</b></p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
	<p><b>Gleichstellung</b> von Frauen und Männern, für Antidiskriminierung und LGBTIQI+-Rechte.“ (S. 37)</p>		<p><b>Führungspositionen</b> nun endlich in Kraft treten konnte. (...) Denn <b>verbindliche Quoten</b> sind ein effektives Mittel, um <b>Führungsgremien</b> in Wirtschaft und Politik geschlechtergerecht zu besetzen, auch in den Institutionen der EU selbst. Auch die <b>Kommission</b> selbst soll <b>geschlechterparitätisch</b> besetzt werden.“ (S. 93)</p> <p>„Die Rolle von Frauen im <b>Kulturbereich</b> werden wir stärken, indem wir uns in der EU beispielsweise für eine <b>paritätische Besetzung von Vergabegremien und Jurys</b> einsetzen.“ (S. 99)</p>
<b>c) Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik geschlechtergerecht gestalten:</b>			
<p>/// Die Durchsetzung von <b>Entgeltgleichheit</b> nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“.</p>	<p><b>Gerechte Bezahlung</b> für alle: „Wer Vollzeit arbeitet, muss von der Bezahlung leben können.“ (S. 31)</p> <p>„Europa braucht eine Wirtschaft im Dienste der Menschen. Deshalb muss</p>	<p>„Wir wollen einen starken Arbeitsmarkt mit vielen sozialversicherten Beschäftigten und fair bezahlten Jobs. Wir setzen uns für arbeitsrechtliche und</p>	<p>„In vielen EU-Ländern arbeiten Millionen Frauen oft unfreiwillig in Teilzeit oder gar nicht. Wir brauchen auf EU-Ebene eine <b>feministische Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zeitpolitik</b>, die soziale Infrastruktur</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<p>/// Die Sicherstellung einer <b>eigenständigen Existenzsicherung</b> über den Lebensverlauf: Frauen Zugang zu qualitativ hochwertiger Arbeit zu verschaffen mit angemessenem Einkommen, sozialer Absicherung, Beschäftigungssicherheit und Möglichkeiten persönlicher Weiterentwicklung.</p> <p>/// Die Durchführung einer systematischen Untersuchung der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf ihre <b>geschlechtsspezifischen Auswirkungen</b> auch auf der jeweiligen nationalen Ebene, um so die strukturellen Ursachen mangelnder Teilhabe zu überwinden und eine daraus folgende <b>Feminisierung der Armut</b> zu beseitigen.</p> <p>/// Die Sicherstellung eigenständiger und geschlechtergerechter Zugänge zu den <b>sozialen Sicherungssystemen</b> und die</p>	<p>den <b>sozialen Grundrechten der EU</b> endlich Vorrang vor den wirtschaftlichen Grundfreiheiten eingeräumt werden.“ (S. 32)</p> <p>„<b>Gute Bildung</b> ist Voraussetzung für ein erfolgreiches Berufsleben. Gute (Aus-) Bildung darf nicht von er Herkunft, dem Geschlecht, einer Behinderung oder dem Geldbeutel und der sozialen Lage der Eltern abhängen.“ (S. 32)</p> <p>Umsetzung <b>Pflegestrategie</b>: „Dafür wollen wir informelle in formelle Arbeit überführen und reguläre und gute Arbeitsbedingungen sowie die <b>Bekämpfung prekärer Arbeitsbedingungen</b>, insbesondere von Frauen in privaten Haushalten, sicherstellen.“ (S. 35)</p> <p>„Wir wollen die geschlechtsspezifischen Unterschiede</p>	<p><b>soziale Schutzstandards</b> für alle Beschäftigten ein.“ (S. 19)</p> <p>„Durch eine bessere <b>Vereinbarkeit von Familie und Beruf</b> wollen wir es insbesondere Frauen ermöglichen, von Teilzeit auf Vollzeit zu wechseln. Wir wollen den Anteil von Frauen in der Wissenschaft, Forschung, Mathematik und im Ingenieurwesen erhöhen.“ (S. 19)</p>	<p>für die <b>Vereinbarkeit</b> von Familie und Beruf und demokratischer Teilhabe mitdenkt.“ (S. 16)</p> <p>„Wir wollen es Frauen leichter machen, einen <b>technischen</b> – und damit häufig auch gut bezahlten – <b>Beruf</b> zu wählen. Wir wollen einen <b>Bonus</b> einführen, den Unternehmen und Betriebe aus Branchen, in denen bislang unterdurchschnittlich wenig Frauen beschäftigt sind, bei der <b>EU-Fördermittelvergabe</b> erhalten können, wenn sie überdurchschnittlich viele Frauen ausbilden bzw. beschäftigen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Betrieben werden wir neue Ideen entwickeln, wie wir eine <b>gleichberechtigte Teilhabe</b> und Bezahlung der Geschlechter in der Wirtschaft ermöglichen können.“ (S. 16)</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<p>Überwindung des <b>geschlechtsspezifischen Rentengefälles</b>.</p> <p>/// Die Bereitstellung einer verlässlichen, qualitativ hochwertigen und <b>bedarfsgerechten Infrastruktur</b> zur Betreuung und Bildung von Kindern sowie für Pflegebedürftige.</p> <p>/// Sicherstellen von <b>Geschlechtergerechtigkeit</b> in der <b>ökologischen und digitalen Transformation</b>.</p>	<p>bei Beschäftigung, Bezahlung und sozialer Sicherung schließen, um die <b>wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen</b> zu stärken. Vor allem brauchen wir hochwertige Arbeitsplätze sowie <b>faire Löhne und Renten</b>. (...) setzen wir uns neben der Umsetzung der Richtlinie für Lohntransparenz für die EU-Richtlinie zu Antidiskriminierung bei Löhnen ein. (...) Wir wollen <b>gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit</b> am gleichen Ort in der Europäischen Union. Auch die angenommene Mindestlohnrichtlinie wird dafür sorgen, dass gerade Frauen, die häufig im Niedriglohnsektor arbeiten, besser <b>vor Armut geschützt</b> werden. Wir wollen den Gender Gap auch bei Pflege und Betreuung schließen. <b>Noch immer ist Sorgearbeit Frauensache</b>, dies darf nicht so bleiben. Wir streben daher das Modell ‚Equal Carer – Equal Earner‘ an, also ein gleichstellungsorientiertes Erwerbs- und Sorgemodell.“ (S. 36)</p>		<p>„Wir wollen gute Standards in ganz Europa gestalten sowie <b>prekäre Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden</b>. Eine starke Sozialpartnerschaft und eine hohe Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige Grundlagen für gute Arbeit.“ (S. 43)</p> <p>„Dafür wollen wir zum einen die Europäischen Betriebsräte stärken, indem wir an der Seite der Gewerkschaften die EU-Kommission auffordern, endlich die bestehende Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten zu überarbeiten (...). Zudem setzen wir uns für eine <b>stärkere Vertretung von Frauen</b> sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den Europäischen Betriebsräten ein.“ (S. 44)</p> <p>„Eine effiziente Förderpolitik in der EU (...) ist an den Chancen und</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
	<p>„Wir setzen uns dafür ein, dass die <b>Steuerbelastung</b> endlich gerechter verteilt wird. Das reicht von <b>reduzierten Steuersätzen</b> in der EU auf <b>weibliche Hygieneartikel</b> bis zur Abschaffung des Mehrpreises auf Produkte und Dienstleistungen für Frauen (<b>Pink Tax</b>).“ (S. 36)</p>		<p>Herausforderungen des <b>digitalen und ökologischen Wandels</b> ausgerichtet.“ (S. 49)</p> <p>„Alle profitieren davon, wenn <b>Frauen bessere Chancen</b> auf dem <b>Arbeitsmarkt</b> haben.“ (S. 92)</p> <p>„Der <b>Gender-Pay-Gap</b> (...) klappt in allen EU-Ländern. (...) Deshalb war die Verabschiedung der Lohntransparenzrichtlinie ein großer Erfolg.“ (S. 92)</p> <p>„Und natürlich müssen sogenannte <b>Sorge- und Care-Berufe</b>, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden, durch bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung <b>aufgewertet</b> sowie die gerechtere Verteilung von bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern verbessert werden.“ (S. 92)</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
			<p>Verweis auf Vereinbarkeitsrichtlinie und Familienstartzeit (S. 92)</p> <p>„Eine <b>gute und partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie</b> ist eine effektive Maßnahme, um dem existierenden <b>Fachkräftemangel</b> durch eine höhere Erwerbsquote von Frauen <b>entgegenzuwirken.</b>“ (S. 92)</p> <p>„Deshalb setzen wir uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass <b>pfliegende Angehörige</b>, in der Mehrzahl sind es <b>Frauen, gut sozial abgesichert</b> sind und nicht aufgrund von Pflegaufgaben in die Altersarmut geraten. Ihre in der Pflege erworbenen Fähigkeiten sollen anerkannt werden, und der Zugang zu Weiterbildungsangeboten soll gefördert werden.“ (S. 56)</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
			<p>„Außerdem fordern wir auf EU-Ebene <b>bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Darlehen und Eigenkapitalfinanzierungen</b> für junge Unternehmerinnen und Innovatorinnen durch EU-Fonds und Programme sowie die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu bestehenden Fonds, aber auch zu gut bezahlten Arbeitsplätzen.“ (S. 92)</p> <p>[Digitale Bürgerrechte] „Wir fördern das konsequente Vorgehen <b>gegen Diskriminierung</b> und eine <b>aktive Beteiligung von Frauen</b> an den Gestaltungspositionen der Digitalisierung.“ (S. 111)</p> <p>„Mit offenem Frauenhass wird versucht, Frauen aus dem digitalen Raum zu drängen. (...) Die algorithmische Verstärkung von</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
			Hass und Hetze nehmen wir ins Visier.“ (S. 112)
<b>d) EU-Politik feministisch ausrichten:</b>			
<p><b>/// Feministische Klimapolitik sicherstellen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die Freistellung von <b>genderspezifischen Haushaltsmitteln</b> bei der Finanzierung von Klima- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen.</li> <li>Eskalierenden <b>Energie-Armut</b> vorbeugen, die unverhältnismäßig viele Frauen betrifft.</li> <li>Geschlechtergerechtigkeit als grundlegende Voraussetzung von <b>Green Economy-Konzepten</b> für einen nachhaltigen sozial-ökologischen Wandel zu implementieren.</li> </ul>	<p>„<b>Machtmissbrauch großer Unternehmen</b> auf Kosten von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder Selbständigen werden wir <b>verhindern</b>. (...) Die Nachhaltigkeitsziele der VN sind dabei von zentraler Bedeutung.“ (S. 4)</p> <p>„Wir werden die <b>europäische Handelspolitik neu ausrichten</b> und verstärkt in strategische Partnerschaften investieren (...). Dabei werden wir den Ländern des <b>Globalen Südens als gleichberechtigte Partner</b> begegnen und uns dafür engagieren, dass die <b>feministische Perspektive</b> stets berücksichtigt wird.“ (S. 19)</p> <p>Wir wollen den <b>Gender Gap</b> auch bei <b>Pflege und Betreuung schließen</b>. Noch</p>	<p>(„Wir treten für eine Überprüfung der Taxonomie und des Green Deals auf Praxistauglichkeit und auch im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb ein.“) (S. 9)</p> <p>„Das EU-Lieferkettengesetz in seinem aktuellen Entwurf lehnen wir ab. Hierzu wollen wir eine Erfolgs- und Effizienzkontrolle durchführen. Maßnahmen hin zu einem nachhaltigeren Wirtschaftsmodell müssen praxisnah ausgestaltet werden und dürfen die wirtschaftliche Dynamik nicht ausbremsen.“ (S. 9)</p> <p>„Die EU braucht eine <b>strategische Handelspolitik</b>, die den</p>	<p>„Die Mitgliedsstaaten der EU müssen sich ihrer <b>historischen Verantwortung</b> stellen, die sich aus den Verbrechen der Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür braucht es eine <b>antirassistische Perspektive</b> und eine Auseinandersetzung mit postkolonialen Kontinuitäten. (...) Wir wollen benachteiligende Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen bei den Entwicklungsbanken vorantreiben.“ (S. 73)</p> <p>„Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass <b>Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte</b> in alle zukünftigen internationalen Handelsabkommen</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Die vollständige <b>Umsetzung</b> der vereinbarten <b>Schlussfolgerungen</b> zu Frauen, Geschlecht und Klima der <b>UN-Frauenrechtskommission</b> (E/CN.6/2022/L.7).</li> <li>Konsequentes <b>Gender Budgeting</b> und eine Finanzierung von geschlechtersensibler Forschung sowie <b>Gender-Impact-Analysen</b> auf allen Ebenen der klimapolitischen Handlungsfelder.</li> </ul> <p><b>/// Handels- und Wirtschaftspolitik feministisch gestalten:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Eine konzeptionelle Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft hin zu einer <b>ökologisch-sozialen</b></li> </ul>	<p>immer ist Sorgearbeit Frauensache, dies darf nicht so bleiben. Wir streben daher das Modell „Equal Carer – Equal Earner“ an, also ein <b>gleichstellungsorientiertes Erwerbs- und Sorgemodell</b>. (S. 36)</p> <p>Darüber hinaus wollen wir auch außerhalb der Europäischen Union unseren Beitrag leisten für faire Arbeitsbedingungen, den Schutz von Menschenrechten, den Umweltschutz und den Kampf gegen den Klimawandel. Das deutsche Lieferkettengesetz ist hier ein erster wichtiger Schritt, den wir um ein starkes europäisches Lieferkettengesetz ergänzen. (S. 31)</p>	<p>gegenseitigen Zugang zu offenen Märkten fördert, die Versorgungssicherheit gewährleistet und Abhängigkeiten in wichtigen Bereichen reduziert.“ (S. 10)</p> <p>„Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern und unseren Unternehmen <b>Zugang zu den Weltmärkten</b> verschaffen, indem wir kluge, auf Gegenseitigkeit beruhende Handelsabkommen mit gleichgesinnten Partnern abschließen.“ (S. 24)</p>	<p>aufgenommen und <b>einklagbar</b> werden (...).“ (S. 74)</p> <p>„Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten Handelspolitik <b>Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum</b> rücken. Ambitionierte europäische Gesetze zur Regulierung der Lieferketten und ihre nationale Umsetzung sind ein wichtiger Hebel, um diese Ziele zu erreichen (...). Damit übernehmen EU und ihre Mitgliedstaaten Verantwortung dafür, weltweit <b>effektiv Sozial- und Umweltdumping zurückzudrängen</b>.“ (S. 76)</p> <p>„Und natürlich müssen sogenannte <b>Sorge- und Care-Berufe</b>, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden, durch bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<p><b>Marktwirtschaft</b> unter gleichberechtigter Teilhabe von Frauen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Eine <b>gerechte Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit</b> zwischen den Geschlechtern,<sup>8</sup> sowie Investitionen in die Versorgungsökonomie und Anerkennung ihrer zentralen Rolle bei allen Konjunkturmaßnahmen, um sicherzustellen, dass die un- oder unterbezahlte Sorgearbeit von Frauen nicht dazu genutzt wird, Lücken in der öffentlichen Versorgung zu füllen.</li> <li>Neben der Erwerbsökonomie auch die</li> </ul>			<p><b>aufgewertet</b> sowie die gerechtere Verteilung von bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern verbessert werden.“ (S.92)</p>

<sup>8</sup> DF Stellungnahme (2020): Krisenfest und konsequent - Erwartungen an die EU-Gleichstellungsstrategie 2021-2025, abrufbar unter <https://www.frauenrat.de/stellungnahme-zur-eu-gleichstellungsstrategie/>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<p><b>Versorgungsökonomie</b> zu erfassen, mindestens aber parallel zum europäischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jedem Jahr auch die versorgungsökonomischen Leistungen amtlich auszuweisen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bei Verhandlungen zu <b>Freihandels- und Investitionsabkommen</b> die Auswirkungen der Vereinbarungen auf die Lebenswirklichkeit von Frauen kritisch zu begleiten und hart erkämpfte Errungenschaften im Arbeitsrecht oder der Sozialgesetzgebung zu erhalten.</li> <li>• Die <b>Sicherung von Menschenrechten und Umweltschutz</b> entlang der</li> </ul>			

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<p>Wertschöpfungsketten anhand eines wirksamen <b>Lieferkettengesetzes</b>, das Unternehmen dazu verpflichtet, in der gesamten Wertschöpfungskette Sorgfalt walten zu lassen.</p>			
<b>2.) Auf das Ergebnis kommt es an - Gender Impact Assessment einführen:</b>			
<p><b>///</b> Die Einführung eines konsequenten und umfassenden <b>Gender Impact Assessments</b> in allen Politbereichen inklusive <b>Monitoring</b>.</p> <p><b>///</b> Eine konsequente <b>Umsetzung des Gender-Mainstreaming Prinzips</b> in der europäischen Politik, um Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen zu verwirklichen.</p> <p><b>///</b> Die nachprüfbare Anwendung von <b>Gender Budgeting</b> mit Indikatoren und einem Monitoring in allen</p>	<p>„Als Partei der sozialen Gerechtigkeit wollen wir die <b>soziale Ungleichheit</b> in Europa <b>bekämpfen</b>. Deshalb müssen EU-Mittel an Kriterien wie gute Arbeit und Tarifbindung gekoppelt werden.“ (S. 18)</p> <p>Es braucht „verschärfte finanzielle <b>Sanktionsmöglichkeiten</b> für <b>Verstöße gegen die gemeinsamen Werte der EU</b>. In den vergangenen Jahren haben wir erreicht, dass Rechtsstaatssündern EU-Gelder vorenthalten werden können. Dieses Mittel müssen wir auf alle Verstöße gegen die Werte des</p>	<p>(„Mit dem nächsten langfristigen Haushalt der EU (Mehrjähriger Finanzrahmen/MFR) wollen wir deutlich mehr Mittel für Innovationen und für die Erfüllung unserer militärischen Bedürfnisse bereitstellen, um so die Verteidigungsanstrengungen der Mitgliedsstaaten zu ergänzen.“) (S. 3/ 4)</p>	<p>„Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt, sollte nicht gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren können.“ (S. 87)</p> <p>„Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die <b>Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit, demokratischer Prinzipien</b> und der <b>Grundrechte</b> geknüpft werden. (...) Auch eine wirksame Gewaltenteilung und die umfängliche Gewährung der Grundrechte sind entscheidend. Deshalb erweitern wir den</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<p>Politikfeldern, um die geschlechtsspezifischen Wirkungen von Budgets und Ausgaben sichtbar zu machen.<sup>9</sup></p> <p>/// Die Analyse einer <b>geschlechtergerechten Haushaltserstellung</b> im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 und deren Integration in den zukünftigen MFR 2027-2033.</p> <p>/// Die <b>Knüpfung von Fördermitteln an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundprinzipien</b>. Die Europäische Kommission muss z.B. darauf achten, dass Anti-Gender-Akteur*innen keine europäischen Förderungen erhalten. <b>Europäische Ausgaben müssen europäischen Werten folgen.</b></p>	<p>Artikels 2 EU-Vertrag ausweiten (...).“ (S. 22)</p> <p>„Der <b>EU-Haushalt</b> soll mit dem Instrument des <b>Gender Budgeting</b> geschlechtergerecht aufgestellt werden.“ (S. 37)</p>		<p>Haushaltsmechanismus auf die Einhaltung der Grundrechtecharta. Das heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise eingefroren werden.“ (S. 88)</p> <p>„Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, wollen wir ein effektives <b>Gender Budgeting</b> und <b>Gleichstellungschecks</b> für den EU-Haushalt durchsetzen. Es ist uns gelungen, künftige EU-Haushalte gerechter für alle Geschlechter aufzustellen: In der neuen Haushaltsordnung ist nun festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern nach Geschlechtern transparent gemacht wird. (...) Dadurch werden bestehende Ungerechtigkeiten bei der Mittelverteilung sichtbar und</p>

<sup>9</sup> Ebenda.

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
			können korrigiert werden. Zudem hat die Kommission eine Methode zur Messung der Auswirkungen von Haushaltsmitteln auf die Gleichstellung entwickelt.“ (S. 93/94)
<b>3.) Gewalt gegen Frauen und Mädchen beenden:</b>			
<p>/// Die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention und der ILO-Konvention 190.</p> <p>/// Im Anschluss an den Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention eine*n EU-Koordinator*in für die Beendigung aller Formen der VAWG zu ernennen, die/der eine kohärente Umsetzung der verschiedenen Rechtsinstrumente sicherstellt.</p> <p>/// Die Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, darunter auch die Bestimmungen zur sexuellen Ausbeutung und zur Cybergewalt,</p>	<p>„Um männliche Gewalt gegen Frauen zu beenden, müssen wir <b>schädliche</b> Normen, Strukturen und <b>Stereotype</b> ansprechen, analysieren und auflösen, Sexualaufklärung in Schulen vorantreiben und <b>europaweite Gewaltprävention</b> durch <b>gendersensible Bildungsprogramme</b> für Jungen und Mädchen anbieten. (...) Die Istanbul-Konvention muss daher in allen Mitgliedsstaaten der EU ratifiziert und die Vorgaben müssen in nationales Recht übertragen werden. Auch die <b>Richtlinie zur Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt</b> ist ein wichtiger Schritt, um <b>europaweite Mindeststandards</b> beim Schutz der</p>	<p>„Gewalt gegen Frauen europaweit stoppen. Gewalt gegen Frauen ist eines der am wenigsten verfolgten und bestraften Verbrechen der Welt. Das muss sich ändern. Dazu wollen wir <b>Gewalt gegen Frauen</b> in ganz Europa <b>konsequent bestrafen</b>. Ziel ist insbesondere die Verbesserung bei der Koordinierung der Strafverfolgung (z. B. Bekämpfung von Menschenhandel, restriktive Prostitutionspolitik). Die „Istanbul-Konvention“ zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist umzusetzen.“ (S. 6)</p>	<p>„Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur <b>Vorreiterin im Kampf gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt</b> wird. Denn <b>Frauen-, Queer- und Transfeindlichkeit</b> ist für viele Menschen eine <b>Sicherheitsbedrohung</b>. Nach dem Beitritt der EU <b>zur Istanbul-Konvention</b> verlangen wir deren konsequente Umsetzung durch die EU-Mitgliedsländer. Auch fordern wir die weltweite Umsetzung der <b>Yogyakarta-Prinzipien</b> gegen die Diskriminierung und für den Schutz</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<p>schnellstens zu verabschieden [bzw. dann umzusetzen<sup>10</sup>] und die Rechte der Betroffenen darin in den Mittelpunkt zu stellen.</p>	<p>Frauen festzulegen. Wir wollen darüber hinaus gehen und setzen uns dafür ein, dass geschlechtsspezifische Gewalt als <b>europaweiter Straftatbestand</b> anerkannt wird, um damit in Zukunft noch umfangreicher alle Formen der Gewalt gegen Frauen bekämpfen zu können.“ (S. 36, 37)</p> <p>„Wir wollen den gemeinschaftlichen <b>Kampf Europas gegen Menschenhandel</b> fortsetzen und die bestehende Gesetzeslage auf die neuesten Herausforderungen in diesem Bereich zuschneiden. Ein Hauptziel muss sein, die Frauen zu schützen, die mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung in der EU und in die EU verschleppt werden.“ (S. 37)</p> <p>„Wir wollen eine verstärkte <b>grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizeien</b> und</p>	<p>„Opferschutz geht vor Täterschutz. Opfer von Straftaten sind oft traumatisiert und leiden oftmals lebenslang unter deren Folgen. Wir wollen die Opferhilfe verbessern und die Rechte der Opfer stärken. In der Aus- und Weiterbildung von Polizei und Justiz muss die psychosoziale Prozessbegleitung verbessert und dem <b>Opferschutz mehr Gewicht</b> gegeben werden.“ (S. 18)</p> <p>„Wir wollen unsere <b>Kinder</b> besser vor sexuellem Kindesmissbrauch <b>schützen</b>. (...) Wir treten für die Speicherung von IP-Adressen bei allen schweren Straftaten insbesondere im Kampf gegen Kindesmissbrauch nach den Vorgaben des EuGH ein. Auch am digitalen Tatort müssen die Spuren</p>	<p>der Menschenrechte von LGBTIQ*-Personen.“ (S. 69)</p> <p>„Wir wollen ein Europa, das <b>Schutz und Unterstützung</b> für alle <b>Betroffenen von geschlechtsbasierter Gewalt</b> bietet. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewalt gegen Frauen sowohl durch präventive Maßnahmen verhindert als auch verfolgt und verurteilt wird.“ (S. 92)</p> <p>„Die <b>Istanbul-Konvention</b> ist das erste Instrument in Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt.“ (S. 92)</p> <p>„Wir wollen, dass alle <b>Leistungen der Mitgliedstaaten</b> zum Schutz von Frauen mindestens den</p>

<sup>10</sup> Ergänzt im März 2024.

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
	<p><b>Sicherheitsbehörden</b> in der Europäischen Union. (...) wobei sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Gewalt gegen Frauen Schwerpunkte sein sollen.“ (S. 38)</p>	<p>gesichert werden. Außerdem wollen wir Kinder im Netz besser vor Cybermobbing und Grooming bewahren. Dafür soll Cybermobbing in ganz Europa als Straftat behandelt werden. Eine generelle Chatkontrolle lehnen wir ab.“ (S. 6)</p> <p>„Wir wollen <b>eine europäische Cyberbrigade</b> aufbauen. Zudem werden wir intensiver gegen Hetze, Hass und Desinformation im Netz vorgehen.“ (S. 6/7)</p>	<p><b>Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention</b> und ihrem erläuternden Bericht <b>entsprechen</b> – einschließlich der Standards für Unterkünfte, Betreuungsstellen für Betroffene sowie Notrufstellen. (...) Nun muss auch die ergänzende <b>neue EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt</b> zügig <b>verabschiedet und umgesetzt</b> werden.“ (S. 93)</p> <p>[Menschenhandel] „Wir wollen die <b>internationale Zusammenarbeit</b> bei der Prävention, Strafverfolgung und zum Schutz der Betroffenen entlang der bereits bestehenden Vereinbarungen stärken. Dies tun wir, indem wir uns bei der anstehenden <b>Überarbeitung der EU-Opferschutz-Richtlinie</b> dafür stark machen, dass alle Opfer von Straftaten besser geschützt werden. Wir wollen den Zugang zu</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
			<p>Informationen über Opferrechte stärken sowie eine gute Koordination zwischen den Mitgliedstaaten, öffentlichen Stellen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei muss der Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Opfer von Menschenhandel einfach abzuschieben, ist falsch.“ (S. 93)</p> <p><b>Gewaltbetroffene Frauen</b>, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres Ehemanns oder Partners abhängt, sollen einen <b>eigenständigen Aufenthaltstitel</b> erhalten können. Damit diese Frauen ihr Recht leichter einfordern und durchsetzen können, braucht es niedrigschwelligen Zugang zu geschulter mehrsprachiger Beratung und unterstützenden Hilfestrukturen. Auch Sexarbeiter*innen brauchen Rechte und Schutz vor Gewalt,</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
			Stigmatisierung und Kriminalisierung. (S.93)
<b>4.) Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte schützen und stärken:</b>			
<p>/// Gesicherten <b>Zugang</b> zu allen <b>Leistungen der nationalen Gesundheitsversorgungssysteme</b> für alle Menschen in der EU, inklusive Geflüchteten sowie Menschen mit irregulärem Aufenthaltsstatus.</p> <p>/// Die <b>Anerkennung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte</b> als Teil der <b>Menschenrechte</b> und deren Integration in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.</p> <p>/// Die Gewährleistung eines <b>Zugangs zu sicheren Abtreibungen</b> für alle Frauen unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Minderheitengruppen wie Migrantinnen oder Frauen mit Behinderungen.</p>	<p>„Jede und jeder in Europa soll einen sicheren <b>Zugang</b> zu den notwendigen <b>Arzneimitteln</b> und neuesten Therapien zu erschwinglichen Preisen haben.“ (S. 34)</p> <p>„Wir fordern eine <b>EU-Charta der Frauenrechte</b>. Wir brauchen einen Katalog zu schützender Grundrechte, absoluter Mindeststandards, wie z.B. den universellen <b>Zugang zu Verhütung, sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte, einschließlich reproduktiver Selbstbestimmung sowie sicherer und legaler Schwangerschaftsabbrüche</b> sowie <b>Sexual- und Beziehungserziehung</b>. Auch streben wir an, dass es langfristig kostenlosen, niedrighschwelligen Zugang zu Abtreibungsmittel wie der</p>	<p>„Wir wollen eine Gesundheitsunion schaffen, die aber <b>nicht zu einer Vereinheitlichung</b> der Gesundheitssysteme führt.“</p>	<p>„Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt und fördert.“ (S. 51)</p> <p>„Zudem setzen wir uns für <b>geschlechtersensible Forschung und Medizin</b> ein, damit Wissenslücken über die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Diagnose und Behandlung geschlossen und berücksichtigt werden.“ (S. 54)</p> <p>„Ein starkes <b>öffentliches und diskriminierungsfreies Gesundheitswesen</b> und eine bedarfsgerechte Pflege und Assistenz für ältere, kranke und behinderte Menschen sind unverzichtbar, um die <b>menschliche</b></p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<p>/// Den kostenlosen, hochwertigen und gleichberechtigten <b>Zugang zu Verhütungsmitteln</b> sicherzustellen, darunter Notfall-Verhütungsmittel, sowie weitere Forschung zu fördern, um das Risiko schädlicher Nebenwirkungen von Verhütungsmitteln für Frauen zu reduzieren, und neue Formen von <b>Verhütungsmitteln für Männer</b> zu entwickeln und auf den Markt zu bringen.</p> <p>/// Die Integration einer umfassenden <b>Beziehungs- und Sexualerziehung</b> in die schulischen Lehrpläne, die sich an <b>Selbstbestimmung, Respekt, Gegenseitigkeit, Einverständnis</b>, sicherem und genussvollen Geschlechtsverkehr orientiert und Geschlechterstereotype bekämpft.</p>	<p>„Pille Danach“ gibt. Auch sichere Schwangerschaftsabbrüche sollten in der EU möglichst allen Menschen kostenlos zu Verfügung stehen. (...) Das <b>Recht auf sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch</b> soll zudem auch in der <b>EU-Grundrechtecharta verankert</b> werden.“ (S. 35)</p>		<p><b>Würde zu schützen und Selbstbestimmung</b> zu fördern.“ (S. 55)</p> <p>„Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können. Wir wollen auch deswegen, dass die EU die <b>Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Mädchen stärkt</b>. Dazu gehört, dass die <b>reproduktive Gesundheit</b> und das <b>Recht auf körperliche Selbstbestimmung</b> sowie selbstbestimmte Familienplanung für alle sichergestellt sind. Wir wollen den uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln stärken. Eine professionelle Beratung zur Familienplanung ist die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Sie muss breit in der EU verfügbar sein. Die Initiative, das <b>Recht auf Schwangerschaftsabbruch</b> in der</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<p>/// Weibliche <b>Genitalverstümmelung</b> und den Zwang zu anderen chirurgischen Eingriffen sowie alle anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt und des Missbrauchs der Sexualität und der reproduktiven Rechte von Frauen und Mädchen zu verhindern, zu verbieten und <b>unter Strafe zu stellen</b>, dazu gehören auch <b>Zwangsabtreibungen, Zwangsehen und Zwangssterilisationen.</b></p>			<p><b>EU-Grundrechtecharta zu verankern, unterstützen wir.</b>“ (S. 91)</p> <p>„<b>Reproduktive Rechte</b>, besonders das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, sind <b>Menschenrechte</b> und müssen für alle und in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen gelten. Doch gerade die reproduktiven Rechte von Frauen, insbesondere aus marginalisierten Gruppen wie zum Beispiel queere Frauen, werden offen infrage gestellt. Errungenschaften im Kampf gegen Gewalt an Frauen werden zurückgedrängt und die Rechte von trans, inter- und nicht binären Menschen infrage gestellt. Dem treten wir mit aller Macht entgegen.“ (S. 91)</p> <p>„Wir setzen uns dafür ein, dass <b>Zwangssterilisationen</b>, die</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
			insbesondere Frauen und Mädchen mit Behinderungen betreffen, in Europa <b>beendet</b> und <b>unter Strafe gestellt</b> werden.“ (S. 97)
<b>5.) Rechte von geflüchteten Frauen und Mädchen wirksam durchsetzen:</b>			
<p><b>/// Ein humanes und solidarisches gemeinsames Europäisches Asylsystem</b>, rechtsstaatliche Asylverfahren, die Abschaffung des Prinzips der sicheren Herkunfts- und Drittstaaten und die Entwicklung eines gerechten Verteilungsmechanismus innerhalb Europas.</p> <p><b>/// Sicherzustellen, dass die Rechte von zugewanderten und geflüchteten Frauen und Mädchen geschützt</b> werden, insbesondere bei der Gewährung eines eigenen Aufenthaltsstatus.</p> <p><b>/// Gewaltschutz auf den Fluchtrouten und in Erstaufnahmelagern.</b> Missstände in den</p>	<p>„Es muss sichergestellt werden, dass Zugewanderte in gute und <b>qualifikationsgerechte Arbeit</b> vermittelt und nicht ausgebeutet werden.“ (S. 6)</p> <p>„Wir wollen eine <b>solidarische Migrations- und Geflüchtetenpolitik</b>, die Humanität und Ordnung miteinander verbindet.“ (S. 19)</p> <p>„(...) auch in Grenzverfahren [muss] das uneingeschränkte und individuelle <b>Recht auf Asyl</b> und humanitäre Bedingungen gewahrt bleiben. (...) Wir fordern bei der Gewährleistung des <b>Außengrenzschatzes</b> der EU die Einhaltung aller humanitären und rechtsstaatlichen Vorschriften.“ (S. 28)</p>	<p>„Wir können auf die <b>legale Zuwanderung von Fachkräften</b>, die bei uns arbeiten und mit anpacken wollen, <b>nicht verzichten</b>. Wir stehen fest zu unserer humanitären Verpflichtung, verfolgten Menschen zu helfen. Gleichzeitig stellt die irreguläre Migration die gesamte EU und besonders Deutschland vor erhebliche Probleme. Wir wollen diese Zuwanderung stoppen. Daher stehen wir hinter dem neuen europäischen Migrationspakt.“ (S. 7)</p> <p>„Das <b>Konzept der sicheren Drittstaaten</b> umsetzen. Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen sicheren Drittstaat außerhalb</p>	<p>„Wir wollen eine <b>Migrationspolitik</b> gestalten, die uns <b>nicht</b> von autoritären Regimen in der Region <b>erpressbar macht</b>. Eine politische Fokussierung auf Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu den südlichen Mittelmeeranrainern stützt autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst Fluchtgründe schaffen.“ (S. 83)</p> <p>„Wir wollen alle <b>Arbeitskräfte</b> gegen Ausbeutung <b>schützen</b> – auch Menschen ohne Papiere. Faire Arbeitsbedingungen dürfen nicht von der Herkunft abhängen.“ (S. 102)</p> <p>„Wir kämpfen für eine EU, die den <b>Zugang zum Menschenrecht auf</b></p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<p>Erstaufnahmeeinrichtungen müssen unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Frauen und Mädchen überprüft und beseitigt werden.</p> <p>/// Anwendung der <b>humanen Aufnahmestandards</b>, die in der EU für ukrainische Geflüchtete gelten, für alle Geflüchteten.</p> <p>/// Kostenlosen <b>Zugang zu psychosozialer und gesundheitlicher Versorgung</b> für Geflüchtete, inklusive des Zugangs zu straffreiem Schwangerschaftsabbruch – unabhängig von den gesetzlichen Regelungen im Aufnahmeland.</p> <p>/// <b>Förderhilfen für Frauenorganisationen</b> und Zivilgesellschaft, die die Interessen von geflüchteten Frauen vertreten.</p>	<p>„(...) wir wollen weiterhin, dass Familien mit Kindern, wie auch andere vulnerable Gruppen grundsätzlich von den Grenzverfahren ausgenommen werden.“ (S. 27)</p> <p>„Wir wollen <b>legale Zugangswege</b> für geflüchtete Menschen schaffen. (...) treten u.a. weiter für <b>humanitäre Visa</b> ein.“ (S. 29)</p>	<p>der EU gebracht werden und dort ein Verfahren durchlaufen. Es muss ermöglicht werden, dass in sicheren Drittstaaten Asylverfahren stattfinden, die allen rechtsstaatlichen Voraussetzungen entsprechen. Im Falle der Anerkennung soll der sichere Drittstaat ihnen Schutz gewähren.“ (S. 7)</p>	<p><b>Asyl</b> garantiert sowie humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtungen wie die <b>UN-Flüchtlingskonvention</b> einhält. (...) Mit einer fairen und verbindlichen Verteilung von Schutzsuchenden stärken wir die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.“ (S. 102)</p> <p>„Wir stellen uns Verletzungen von Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Menschenrechten ebenso entgegen wie dem rechtswidrigen Zurückdrängen von Geflüchteten. Menschen, die bei uns in Europa Schutz suchen, müssen <b>zuverlässig registriert, erstversorgt und menschenwürdig untergebracht</b> werden.“ (S. 103)</p> <p>„Wir stehen entschlossen an der Seite der vielen Engagierten, die Geflüchtete versorgen und beraten. (...) Die <b>Bedarfe</b> von besonders</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
			<p><b>schutzbedürftigen Gruppen</b> wie Frauen, queeren Menschen, Kindern oder Menschen mit Behinderungen müssen wir dabei <b>besonders in den Blick</b> nehmen.“ (S. 104)</p> <p>„Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein <b>Recht auf faire und rechtsstaatliche Asylverfahren.</b>“ (S. 104)</p> <p>„Wir wollen sichere Fluchtwege schaffen, denn so schützen wir Menschenleben und legen Schleppern und Menschenhandel das Handwerk.“ (S. 105)</p>
<b>6.) Feministische Außen- und Entwicklungspolitik voranbringen:</b>			
<p><b>/// Geschlechtergerechtigkeit</b> konsequent als <b>Leitbild des europäischen außenpolitischen Handelns</b> der internationalen und Entwicklungszusammenarbeit anzuwenden.</p>	<p>„Wir wollen gemeinsam Europa zum Partner erster Wahl machen, die <b>regelbasierte Ordnung</b> stärken und uns international für <b>Frieden und gegen Ungleichheit</b> einsetzen.“ (S. 3)</p>		<p>„Sie [die Vereinten Nationen] sind der beste Weg zu einem Multilateralismus, in dem die <b>Stärke des Rechts wirkt, nicht das Recht des Stärkeren.</b>“ (S. 63)</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<p><b>/// Feministische Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit</b> muss auf den <b>4 Rs</b> gründen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Rights</b> (Frauenrechte): Die EU muss sich für die Rechte sowie deren Verwirklichung und den Schutz von Frauen in all ihrer Vielfalt, von Frauenorganisationen und Frauenrechtsverteidiger*innen einsetzen.</li> <li>• <b>Resources</b> (Finanzierung): Alle Projekte in der internationalen Zusammenarbeit müssen zu mehr Gleichstellung führen. Das Ziel der EU von 85% bei Programmen, die neben anderen Zielen auch der Gleichstellung dienen</li> </ul>	<p>„<b>Ungleiche und neoliberale Machtstrukturen</b> in den Nord-Süd-Beziehungen wollen wir aufbrechen, Menschenrechte stärken, Demokratie und eine nachhaltige Entwicklung fördern. Gradmesser für die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern sind für uns die von der Weltgemeinschaft gemeinsam verabschiedeten 17 <b>Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.</b>“ (S. 23)</p> <p>„Eine <b>feministische Außen- und Friedenspolitik</b>, die alle Mitglieder einer Gesellschaft in den Blick nimmt und auf die <b>Überwindung patriarchaler und postkolonialer Machtstrukturen</b> dringt, ist dafür eine unverzichtbare Grundlage. In Konflikten kommt es strukturell immer wieder zu geschlechtsspezifischer Gewalt und anderen Unterdrückungsmechanismen</p>		<p>„Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. (...) Frieden und Sicherheit sind nachhaltiger, wenn Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns aktiv dafür ein, dass gerade auch <b>Frauen in der Außenpolitik umfassend und gleichberechtigt vertreten</b> sind.“ (S. 63)</p> <p>„<b>Gleichberechtigung macht Gesellschaften</b> friedlicher, gerechter, nachhaltiger, resilienter und wirtschaftlich <b>erfolgreicher</b>. Sie <b>ist fester Bestandteil der universellen Menschenrechte</b>. Strukturelle Ungleichheiten führen dazu, dass bestimmte Gruppen, insbesondere Frauen und marginalisierte Gruppen, in besonderem Maße von Gewalt, Armut und Krieg, aber auch von den Folgen der Klimakrise betroffen sind. Gleichzeitig sitzen oft nur wenige</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<p>(sogenannte GG1-Kennung)<sup>11</sup>, ist bislang noch nicht erreicht (2021: 71%, 2022: 72%).<sup>12</sup></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Repräsentanz</b> (paritätische Beteiligung): Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Gremien der Außenpolitik, der Zusammenarbeit und in Friedensprozessen muss sichergestellt werden. Bisher ist der Anspruch der EU mindestens 33 % Frauen an allen Aktivitäten und Projekten der EU im Zusammenhang mit Friedensprozessen zu</li> </ul>	<p>gegenüber Frauen. Wir setzen uns deshalb für <b>Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen</b> in all ihrer Diversität ein und unterstützen <b>feministische Bewegungen</b> wie zum Beispiel im Iran.“ (S. 23/24)</p> <p>„Auch in der <b>Entwicklungspolitik</b> ist uns ein <b>feministischer Ansatz</b> wichtig. Projekte sollen gemeinsam mit unseren <b>Partnern im Globalen Süden</b> und mit besonderem Hinblick auf soziale, ökologische und geschlechterspezifische Ungleichheiten sowie den Kampf gegen den Klimawandel weiterentwickelt werden.“ (S. 25)</p>		<p>von ihnen mit am Tisch, wenn es darum geht, Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit der UN-Resolution 1325 und ihren Folgeresolutionen ist der Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe bei Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir wollen weitergehen. Wir setzen uns für eine <b>feministische Außen- und Entwicklungspolitik</b> ein, die die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen in allen Bereichen weltweit stärkt. (...) Aufbauend auf den Leitlinien der</p>

<sup>11</sup> Die EU hat sich verpflichtet, dass bis 2025 mindestens 85 % aller neuen Maßnahmen im Außenbereich als Hauptziel oder wesentliches Ziel die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen aufnehmen. Siehe Gender Action Plan (GAP) III, S. 5, abrufbar unter [https://www.eeas.europa.eu/eeas/gender-action-plan-iii-towards-gender-equal-world\\_en](https://www.eeas.europa.eu/eeas/gender-action-plan-iii-towards-gender-equal-world_en).

<sup>12</sup> EU Commission (2023): 2023 Report on gender equality, S. 67, abrufbar unter [https://uploads-ssl.webflow.com/61f16979baeb63589bbf0435/641c167b468d591b9e370d5a\\_annual\\_report\\_GE\\_2023\\_web\\_EN\\_0.pdf](https://uploads-ssl.webflow.com/61f16979baeb63589bbf0435/641c167b468d591b9e370d5a_annual_report_GE_2023_web_EN_0.pdf). Daten für 2022 lagen im Oktober 2023 noch nicht bereit. Update (März 2024): EU Commission (2024): 2024 Report on gender equality, S. 65, abrufbar unter [https://commission.europa.eu/document/download/965ed6c9-3983-4299-8581-046bf0735702\\_en?filename=2024%20Report%20on%20Gender%20Equality%20in%20the%20EU\\_coming%20soon.pdf](https://commission.europa.eu/document/download/965ed6c9-3983-4299-8581-046bf0735702_en?filename=2024%20Report%20on%20Gender%20Equality%20in%20the%20EU_coming%20soon.pdf).

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
<p>beteiligen (siehe GAP III) noch lange nicht erreicht.<sup>13</sup></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Research</b> (Forschung): Die Maßnahmen müssen auf geschlechtsspezifischen Daten und Geschlechterforschung aufbauen können und durch ein institutionalisiertes Monitoring regelmäßig überprüft werden.</li> </ul>			<p>Bundesregierung wollen wir die feministische Außen- und Entwicklungspolitik als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen und internationalen Kooperationen der EU verankern.“ (S. 68)</p> <p>„Wir wollen, dass die EU ihre <b>Entwicklungspolitik</b> nach den <b>Grundsätzen feministischer Entwicklungszusammenarbeit</b> partnerorientiert und nachhaltig ausrichtet sowie bisherige Praktiken kritisch evaluiert. Sie muss ihr selbst gesetztes <b>Ziel erreichen</b>, dass bis <b>2025 85 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme</b> auch zur <b>Geschlechtergerechtigkeit</b> beitragen.“ (S. 69)</p> <p>„Wir setzen uns dafür ein, dass die EU angesichts der dramatischen</p>

<sup>13</sup> Zwischen 1992 und 2018 waren Frauen nur zu 13 % an der Verhandlungsführung, zu 6 % an der Vermittlung und zu 6 % an der Vertragsunterzeichnung in wichtigen Friedensprozessen beteiligt. Siehe GAP III, S. 19.

Analyse der EU-Wahlprogramme			
Deutscher Frauenrat (DF) <sup>4</sup>	SPD <sup>5</sup>	CDU/CSU <sup>6</sup>	B'90/Die Grünen <sup>7</sup>
			<p>Lage im Land [Afghanistan] weiterhin <b>humanitäre Hilfe</b> leistet und dabei explizit Frauen einbindet.“ (S. 84)</p> <p>„Wir wollen Aktivist*innen [in Lateinamerika] für Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte von LGBTIQ*, Frauen und Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen.“ (S. 85)</p>

## ABGLEICH DF-WAHLFORDERUNGEN MIT WAHLPROGRAMMEN

### Teil 2: FDP, DIE LINKE & BSW

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<b>1.) Gleichstellung bis 2030 verwirklichen</b>			
<b>a) Frauenrechte schützen und stärken:</b>			
<p><b>///</b> Die <b>Stärkung der Demokratie</b> durch gleiche <b>Teilhabe von Frauen und Mädchen</b> in allen Entscheidungsgremien und -ebenen von Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Kultur.</p> <p><b>///</b> Die Förderung der <b>Zivilgesellschaft</b> in all ihrer Vielfalt.</p>	<p>„<b>Demokratie und Rechtsstaat</b> stehen europaweit zunehmend <b>unter Druck</b>. Radikale Parteien sind in den nationalen Parlamenten breit vertreten und teilweise auf dem Vormarsch. Der <b>gesellschaftliche Zusammenhalt</b> ist in <b>Gefahr</b> durch Islamismus, Antisemitismus, <b>rechten und linken Extremismus</b> und ein zunehmend polarisierendes Meinungsklima.“ (S. 1)</p>	<p>„Wir stellen uns den <b>Demokratiefeinden</b> überall in den Weg und kämpfen für <b>gleiche Rechte für alle Menschen</b>. Niemand darf aufgrund seines <b>Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung oder Identität</b> benachteiligt werden.“ (S. 10)</p> <p>„Seit die sozialen Grundlagen der Demokratien in Europa ausgehöhlt</p>	<p>„Die <b>europäische Idee</b> von <b>Frieden, Wohlstand, sozialer Sicherheit und Freiheit</b> stand am Anfang der europäischen Einigung. (...) Heute zeigen sich die <b>Grenzen der politischen Integration</b>.“ (S. 1)</p> <p>„Die <b>abgehobene Politik</b> ferner, demokratisch kaum kontrollierter <b>EU-Technokraten</b> empfinden viele Menschen zurecht als <b>Angriff auf</b></p>

<sup>14</sup> Die DF-Wahlforderungen zur EU-Wahl 2024 sind abrufbar unter [Europawahl 2024 – Deutscher Frauenrat](#).

<sup>15</sup> FDP (2024): Das Programm der FDP zur Europawahl 2024: Europa. Einfach. Machen. Abrufbar unter [https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-03/2024-01-28\\_ept\\_das-programm-der-fdp-zur-europawahl-2024-1-0.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-03/2024-01-28_ept_das-programm-der-fdp-zur-europawahl-2024-1-0.pdf).

<sup>16</sup> DIE LINKE (2024): Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Haltung. Zeit für Frieden. Programm zur Europawahl 2024. Abrufbar unter [https://www.die-linke.de/fileadmin/user\\_upload/Europawahlprogramm\\_neu.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Europawahlprogramm_neu.pdf).

<sup>17</sup> Bündnis Sahra Wagenknecht (2024): Programm für die Europawahl 2024. Abrufbar unter [BSW Europawahlprogramm 2024.pdf \(bsw-vg.de\)](#). Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) äußert sich in keinem Teil des EU-Wahlprogramms zu Geschlechtergerechtigkeit. Daher können die Zitate lediglich einen Einblick in die Argumentationslinien der neuen Partei zu den jeweiligen Themen geben, treffen aber keine Aussagen über Gleichstellung an sich.

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<p>/// Die Überprüfung der Wirkungen der <b>EU-Strategie</b> auf die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025, die Ergebnisse in eine Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2.0 für 2025-2030 miteinzubeziehen, mit einem <b>Aktionsplan</b> "Gleichstellung bis 2030 in allen Politikfeldern verwirklichen" zu unterlegen und hierfür ein eigenes <b>Budget</b> bereitzustellen.</p> <p>/// Ambitionierte Maßnahmen, um <b>Gender-Stereotypen</b>, Sexismus und sexistische Hassreden sowie ihre Auswirkungen in allen Gesellschaftsbereichen zu bekämpfen, auch in den (digitalen) Medien, in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt.</p> <p>/// Die Gewährleistung und Stärkung des <b>Selbstbestimmungsrechts</b> von Frauen und Mädchen.</p>	<p>„Für uns als Europapartei ist die <b>EU weit mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft</b>, sie ist eine Wertegemeinschaft, die ihre Wurzeln in der reichen kulturellen und gesellschaftlichen Vielfalt Europas hat und in der unsere Zukunft liegt.“ (S. 2)</p> <p>„Wir sehen die EU als <b>Wertegemeinschaft</b>, welche die Freiheit des Einzelnen schützen muss.“ (S. 9)</p> <p>„Wir wollen ein <b>Europa der Vielfalt</b>. (...) Alltagsdiskriminierung und erst recht eine <b>systematische Ausgrenzung von Minderheiten haben in Europa keinen Platz</b>.“ (S. 11)</p> <p>„Wir wollen eine EU, die entschieden gegen Menschenrechtsverletzungen, Unterdrückung und <b>gruppenbezogene Feindlichkeit</b> vorgeht, eine <b>enge Zusammenarbeit mit den Menschenrechtsinstitutionen</b> des Europarates, der Organisation für</p>	<p>werden, werden die <b>Rechten</b> stärker. Die rechten Regierungen machen mobil <b>gegen Sozialstaat und Demokratie</b>, gegen die Recht der Menschen und gegen Arbeitsschutzgesetze, <b>Frauenrechte</b>, Queers und Geflüchtete. Sie <b>befeuern Rassismus und Menschenfeindlichkeit</b>. Die Linke steht gegen die rechtsextremen Bewegungen und Parteien überall in Europa. Wir wehren uns gegen den <b>Abbau von Demokratie und Grundrechten</b>. Wir kämpfen überall <b>gegen Rassismus und Diskriminierung</b>.“ (S. 76)</p> <p>„<b>Sexismus</b> bekämpfen und <b>Rechte von Frauen stärken</b>: Wir wollen verbindliche Anti-Sexismus-Regelungen im öffentlichen und privaten Sektor.“ (S. 81)</p>	<p><b>die Demokratie und als Bedrohung für die Kultur und Identität</b>. Die Integration Europas in Richtung eines supranationalen Einheitsstaats hat sich als <b>Irrweg</b> erwiesen, der Europa eher spaltet, als eint.“ (S. 2)</p> <p>„Wir wollen, dass die <b>europäische Idee ihre Glaubwürdigkeit zurückgewinnt</b>. Dafür bedarf es europäischer Institutionen, die Demokratie, Gerechtigkeit, Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit schützen statt sie zu untergraben.“ (S. 4)</p> <p>BSW steht „[f]ür wirtschaftliche Vernunft, <b>sozialen Gerechtigkeit, Frieden, Meinungsfreiheit und Demokratie</b>.“ (S. 4)</p> <p>„Zudem treten wir für die genaue <b>Prüfung</b> und gegebenenfalls <b>Nicht</b></p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<p>/// Die Bekämpfung <b>gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit</b> – u.a. antifeministische, rassistische, antisemitische, islamfeindliche, homo- und transfeindliche Einstellungen und völkisch-nationale Ideologien - mit einer konsequenten Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik.</p>	<p>Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und den Vereinten Nationen pflegt und beim Schutz des <b>Völkerrechts</b> eine Vorreiterrolle einnimmt. Beispielsweise ist bei <b>Strafverschärfungen</b> gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans-, Intersexuelle und queere Menschen (LSBTIQ) die <b>Entwicklungszusammenarbeit</b> im Dialog mit NGOs vor Ort auf den Prüfstand zu stellen, gegebenenfalls die <b>Budgethilfe zu streichen</b> und die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen zu beenden.“ (S. 13)</p>	<p>„Die extreme Rechte ist europaweit vernetzt. Deshalb müssen <b>länderübergreifende Monitoring-Projekte</b> geschaffen und unterstützt werden. Die Erkenntnisse zu länderübergreifenden Verbindungen im <b>Rechtsterrorismus</b> müssen <b>gebündelt und ausgewertet</b> werden.“ (S. 85)</p>	<p><b>Umsetzung von EU-Vorgaben</b> auf nationaler Ebene ein, wenn sie <b>wirtschaftlicher Vernunft, sozialer Gerechtigkeit, Frieden, Demokratie und Meinungsfreiheit zuwiderlaufen.</b>“ (S. 19)</p>
<b>b) Gleichberechtigte Repräsentanz und Teilhabe von Frauen gewährleisten:</b>			
<p>/// <b>Paritätisch besetzte Listenmandate</b> bei der Aufstellung der Kandidat*innen für die Wahlen zum EU-Parlament.</p> <p>/// Die paritätische Vertretung der Geschlechter in Form einer <b>50/50 Repräsentation in allen EU-</b></p>	<p>„Der <b>EU-Direktwahlakt</b> sollte das <b>Wahlalter 16</b>, europäische Wahllisten, einen gemeinsamen Wahltag und das Spitzenkandidatenprinzip einführen, aber auf eine Geschlechterquote verzichten.“ (S. 15)</p>	<p>„Für ein inklusives und soziales Europa fordern wir die volle <b>Teilhabe aller Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen</b>, unabhängig von Hautfarbe, Sprache, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität, ob sie alt</p>	<p>„Indem immer mehr Macht auf die EU-Ebene übertragen wird, verlieren die Bürger an Einfluss auf die Politik.“ (. 19)</p> <p>„Viele Menschen in der EU aber trauen sich nicht mehr, offen zu sagen, was sie denken. (...) Seit</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<p><b>Entscheidungsorganen</b> sicherzustellen, auch für die „Top-Jobs“ in der EU.</p> <p>/// Eine*n <b>EU-Kommissar*in</b>, die/ der ausschließlich <b>für Frauenrechte</b> und die Gleichstellung der Geschlechter zuständig ist, sowie die Durchsetzung des <b>Gender Impact Assessments</b> bei allen anderen Generaldirektionen.</p> <p>/// Wirksame gesetzlich verankerte <b>Regelungen zur Frauenförderung</b> in der Privatwirtschaft und zu Parität in den Führungspositionen von Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Kultur in allen Mitgliedsstaaten.</p>		<p>oder jung sind oder mit einer Behinderung leben.“ (S. 83)</p>	<p>Jahren allerdings erleben wir eine zunehmende Verengung des ‚zulässigen‘ Meinungskorridors. (...) Die Cancel Culture wird immer forscher und rücksichtsloser gegen Andersdenkende eingesetzt (...).“ (S. 19/20)</p> <p>„Europa braucht besser <b>funktionierende Demokratien</b> und <b>mehr Bürgerbeteiligung</b> statt einer wachsenden Machtkonzentration in den Händen von Brüsseler Technokraten und Bürokraten.“ (S. 19)</p>
<b>c) Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik geschlechtergerecht gestalten:</b>			
<p>/// Die Durchsetzung von <b>Entgeltgleichheit</b> nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“.</p>	<p>„Gründerinnen und Gründern sowie jungen Unternehmen in der Wachstumsphase wollen wir in der EU eine <b>nachhaltige Finanzierung</b> ermöglichen.“ (S. 9)</p>	<p>„<b>Kürzere Arbeitszeiten</b> erleichtern eine <b>gleichberechtigte Arbeitsteilung</b> bei Haushalts- und Sorgearbeiten, die bisher hauptsächlich von Frauen erledigt werden.“ (S. 14)</p>	<p>„Das Versprechen des sozialen Aufstiegs wird nicht mehr eingelöst: Während in der EU heute jedes vierte Kind in Armut aufwächst und immer mehr Beschäftigte trotz Vollzeitjob</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<p>/// Die Sicherstellung einer <b>eigenständigen Existenzsicherung</b> über den Lebensverlauf: Frauen Zugang zu qualitativ hochwertiger Arbeit zu verschaffen mit angemessenem Einkommen, sozialer Absicherung, Beschäftigungssicherheit und Möglichkeiten persönlicher Weiterentwicklung.</p> <p>/// Die Durchführung einer systematischen Untersuchung der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf ihre <b>geschlechtsspezifischen Auswirkungen</b> auch auf der jeweiligen nationalen Ebene, um so die strukturellen Ursachen mangelnder Teilhabe zu überwinden und eine daraus folgende <b>Feminisierung der Armut</b> zu beseitigen.</p> <p>/// Die Sicherstellung eigenständiger und geschlechtergerechter Zugänge zu den <b>sozialen Sicherungssystemen</b> und die</p>	<p>„Wir akzeptieren nicht, dass Frauen in unserer Gesellschaft noch immer benachteiligt sind. Wir setzen uns für eine <b>verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Care-Arbeit</b> ein. Wir wollen die Vereinbarkeit von Politik und Familie stärken und Europaabgeordneten ermöglichen, nach Geburt oder Adoption eines Kindes online an Abstimmungen teilzunehmen. Den beruflichen Aufstieg von Frauen und Mädchen möchten wir durch eine verbesserte MINT-Bildung, Entrepreneurship Education und durch die Unterstützung von privaten Female Founders Netzwerken fördern.“ (S. 12)</p>	<p>„Frauen bekommen in Deutschland für ihre Arbeit immer noch fast ein Fünftel weniger Geld als Männer. (...). Mit der <b>Entgelttransparenzrichtlinie</b> verpflichtet sich die EU die Mitgliedstaaten bis 2026 zu Maßnahmen, um das zu ändern. Wir wollen nicht nur Transparenz, sondern Gleichheit: Das deutsche Entgelttransparenzgesetz muss ein Entgeltgleichheitsgesetz sein. Wir brauchen nicht nur Auskunftsrecht, sondern <b>stärkere Durchsetzungsrechte</b>, um tatsächlich gleiche Bezahlung zu erreichen. Zudem müssen die Löhne in sogenannten Frauenberufen steigen. (...) Wir wollen ein <b>Verbandsklagerecht</b>.“ (S. 14/15)</p> <p>„Wir wollen eine <b>europaweite Mindestrente</b>, die garantiert, dass</p>	<p>keinen soliden Wohlstand mehr erreichen, steigt der Reichtum einer schmalen Oberschicht.“ (S. 2)</p> <p>„Wir brauchen eine <b>Re-Industrialisierung Europas</b>, die Arbeitsplätze und Wohlstand zurückbringt, statt einer Energie- und Sanktionspolitik, die Europa im Großkonflikt zwischen den USA und China zerrieben werden.“ (S. 3)</p> <p>„Wir brauchen eine EU, die eine <b>leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge</b> und hohe soziale Standards unterstützt. In allen EU-Ländern müssen Tarifverträge und ortsübliche Löhne gegen Billigkonkurrenz verteidigt werden.“ (S. 4)</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<p>Überwindung des <b>geschlechtsspezifische Rentengefälles</b>.</p> <p>/// Die Bereitstellung einer verlässlichen, qualitativ hochwertigen und <b>bedarfsgerechten Infrastruktur</b> zur Betreuung und Bildung von Kindern sowie für Pflegebedürftige.</p> <p>/// Sicherstellen von <b>Geschlechtergerechtigkeit</b> in der <b>ökologischen und digitalen Transformation</b>.</p>		<p>alle Menschen im Alter sicher vor Armut sind.“ (S. 19)</p> <p>„Die Linke setzt sich für <b>bezahlbare und gute Pflege</b> ein und für gute und <b>faire Arbeitsbedingungen</b>.“ (S. 28)</p> <p>„<b>Gleichberechtigung auf allen Ebenen voranzubringen</b>, steht für uns in Verbindung mit Kämpfen für gute Arbeit und gute Löhne, für eine andere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der gesellschaftlichen (Sorge-)Arbeit, für sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung, <b>gegen Ausbeutung und Ausgrenzung und gegen Antifeminismus, Homo- und Transfeindlichkeit</b>.“ (S. 81)</p> <p>„<b>Gute Arbeit und soziale Absicherung für alle Frauen</b>. Frauen</p>	<p>„Die heutige EU ist ein Europa der Banken und des Big Business, ein Europa, in dem die soziale Ungleichheit wächst, viele Arbeitnehmer von ihrem Einkommen nicht mehr gut leben können und Mittelständler sich von der Politik im Stich gelassen fühlen.“ (S. 12)</p> <p>„Arbeitnehmer aus verschiedenen EU-Ländern dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden: Das Prinzip <b>gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort</b> ist dafür unverzichtbar, weil es hiesige Belegschaften vor Dumping und Arbeitsmigranten vor Ausbeutung schützt.“ (S. 13)</p> <p>„Der Fachkräftemangel in der EU muss primär durch verbesserte Ausbildung und angemessene Löhne behoben werden.“ (S. 18)</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
		<p>arbeiten häufig in prekären, nicht sozialversicherten Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen sie in reguläre Beschäftigung mit guten Arbeitsbedingungen überführen.“ (S. 81)</p> <p>„<b>Lohndiskriminierung</b> europaweit <b>beenden</b> – gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.“ (S. 81)</p> <p>„Bessere Bezahlung und mehr Personal in ‚Frauenberufen‘. (...) <b>Sorgearbeit</b> muss <b>finanziell und sozial aufgewertet</b> werden. (...) Die Bedingungen für pflegende Angehörige müssen verbessert werden.“ (S. 81)</p>	
<b>d) EU-Politik feministisch ausrichten:</b>			
<p><b>/// Feministische Klimapolitik sicherstellen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Die Freistellung von <b>genderspezifischen</b></li> </ul>	<p>„Eine Verschärfung der Lieferkettengesetzgebung durch die EU lehnen wir ab.“ (S. 6)</p> <p>„Wir Freie Demokraten stehen für <b>fairen, regelbasierten und</b></p>	<p>„Insbesondere Frauen und Kinder leiden überdurchschnittlich unter den Umweltschäden und sterben häufiger bei Naturkatastrophen. <b>Ohne Geschlechtergerechtigkeit</b></p>	<p>„Wir wollen Klimapolitik und Umweltschutz durch technologische Innovation, öffentliche Förderung und vernünftige Anreize voranbringen</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<p><b>Haushaltsmitteln</b> bei der Finanzierung von Klima- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Eskalierenden <b>Energie-Armut</b> vorbeugen, die unverhältnismäßig viele Frauen betrifft.</li> <li>• Geschlechtergerechtigkeit als grundlegende Voraussetzung von <b>Green Economy-Konzepten</b> für einen nachhaltigen sozial-ökologischen Wandel zu implementieren.</li> <li>• Die vollständige <b>Umsetzung</b> der vereinbarten <b>Schlussfolgerungen</b> zu Frauen, Geschlecht und Klima der <b>UN-Frauenrechtskommission</b> (E/CN.6/2022/L.7).</li> </ul>	<p><b>verantwortungsbewussten Handel</b>, mit einer <b>reformierten Welthandelsorganisation (WTO)</b> als Grundlage. Das gilt umso mehr in Zeiten, in denen Multilateralismus in Frage gestellt wird und Protektionismus und Abschottungstendenzen weltweit zunehmen. Unser Ziel ist eine Weltfreihandelszone der Demokratien.“ (S. 7)</p> <p>„Außerdem braucht die EU mehr Handels- und Investitionsabkommen mit den Staaten Afrikas, um die Exportchancen und Importe von Rohstoffen und Energie zu erhöhen.“ (S. 15)</p>	<p>kann es <b>keine Klimagerechtigkeit</b> geben. Bei allen Klimaschutzmaßnahmen muss das mitgedacht werden und alle Maßnahmen müssen zur Geschlechtergerechtigkeit beitragen.“ (S. 54)</p>	<p>und nicht durch eine Verteuerung des Lebens der Menschen oder die Zerstörung und Vertreibung von Schlüsselindustrien aus Europa.“ (S. 4)</p> <p>„Die reale Politik der EU widerspricht dem Anliegen von Klima- und Umweltschutz in vielen Bereichen.“ (S. 8)</p> <p>„Wir wollen die Öl- und Gaslieferung aus Russland wieder aufnehmen und langfristige Energieverträge schließen.“ (S. 10)</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<ul style="list-style-type: none"> <li>Konsequentes <b>Gender Budgeting</b> und eine Finanzierung von geschlechtersensibler Forschung sowie <b>Gender-Impact-Analysen</b> auf allen Ebenen der klimapolitischen Handlungsfelder.</li> </ul>			
<p><b>/// Handels- und Wirtschaftspolitik feministisch gestalten:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Eine konzeptionelle Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft hin zu einer <b>ökologisch-sozialen Marktwirtschaft</b> unter gleichberechtigter Teilhabe von Frauen.</li> <li>Eine <b>gerechte Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit</b></li> </ul>		<p>„Immer noch profitieren der Westen und die EU-Länder von ungerechten Handelsbeziehungen, die auf Jahrhunderten des Kolonialismus aufbauen. (...) <b>Globale Ungleichheiten</b> müssen endlich durch inklusive Foren <b>angegangen</b> werden.“ (S. 72, 73)</p> <p>„Die Linke setzt sich gegen die Freihandelsideologie und für <b>faire Kooperationsabkommen</b> ein, die die <b>UN-Nachhaltigkeitsziele zum Maßstab</b> haben. (...) Wir wollen die volle Einbeziehung der</p>	<p>„Handelsbeziehungen sollten <b>gleichberechtigt und fair</b> sein.“ (S. 11)</p> <p>„Was wir wollen: Stabile und gerechte Handelsbeziehungen, die unsere Versorgung mit Rohstoffen und preiswerter Energie garantieren und die Handelspartner nicht übervorteilen. Eine Reform der EU-Handelspolitik, die sicherstellt, dass Handelsabkommen nicht zu einer durch niedrige soziale und</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<p>zwischen den Geschlechtern,<sup>18</sup> sowie Investitionen in die Versorgungsökonomie und Anerkennung ihrer zentralen Rolle bei allen Konjunkturmaßnahmen, um sicherzustellen, dass die un- oder unterbezahlte Sorgearbeit von Frauen nicht dazu genutzt wird, Lücken in der öffentlichen Versorgung zu füllen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Neben der Erwerbsökonomie auch die <b>Versorgungsökonomie</b> zu erfassen, mindestens aber parallel zum europäischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jedem Jahr auch die versorgungsökonomischen</li> </ul>		<p>Zivilgesellschaft, einschließlich kleibäuerlicher Initiativen, Frauennetzwerken, indigener Gruppen usw. und eine starke Beteiligung der Parlamente bei Verhandlungen.“ (S. 73, 74)</p> <p>„Wir wollen einen <b>Ausgleich ökonomischer Interessen</b> im Nord-Süd-Verhältnis erreichen. Die Unterorganisationen der UN haben erhebliches Wissen, das für die Entwicklung einer <b>gerechten Welthandelspolitik</b> genutzt werden muss.“ (S.71)</p> <p>„Das <b>Lieferkettengesetz muss verschärft</b> werden, Hersteller müssen für die Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und Arbeitsschutzstandards entlang der</p>	<p>Umweltstandards verursachten Billigkonkurrenz für europäische Hersteller führen.“ (S. 11)</p> <p>Dies erfordert eine <b>Neuausrichtung ihrer Außen-, Wirtschafts- und Handels- und Entwicklungspolitik</b>, um die Bedingungen für wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des Südens zu verbessern. (S.17)</p>

<sup>18</sup> DF Stellungnahme (2020): Krisenfest und konsequent - Erwartungen an die EU-Gleichstellungsstrategie 2021-2025, abrufbar unter <https://www.frauenrat.de/stellungnahme-zur-eu-gleichstellungsstrategie/>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<p>Leistungen amtlich auszuweisen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bei Verhandlungen zu <b>Freihandels- und Investitionsabkommen</b> die Auswirkungen der Vereinbarungen auf die Lebenswirklichkeit von Frauen kritisch zu begleiten und hart erkämpfte Errungenschaften im Arbeitsrecht oder der Sozialgesetzgebung zu erhalten.</li> <li>• Die <b>Sicherung von Menschenrechten und Umweltschutz</b> entlang der Wertschöpfungsketten anhand eines wirksamen <b>Lieferkettengesetzes</b>, das Unternehmen dazu verpflichtet, in der gesamten</li> </ul>		<p>gesamten Lieferkette haftbar gemacht werden.“ (S. 60)</p> <p>„<b>Sorgearbeit muss finanziell und sozial aufgewertet</b> werden: Mit besserer Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen werden Sorgeberufe (wie Pflege und Erziehung) attraktiver (etwa für Männer, die ihren Job in der Industrie verlieren).“ (S.81)</p>	

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
Wertschöpfungskette Sorgfalt walten zu lassen.			
<b>2.) Auf das Ergebnis kommt es an - Gender Impact Assessment einführen:</b>			
<p>/// Die Einführung eines konsequenten und umfassenden <b>Gender Impact Assessments</b> in allen Politbereichen inklusive Monitoring.</p> <p>/// Eine konsequente <b>Umsetzung des Gender-Mainstreaming Prinzips</b> in der europäischen Politik, um Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen zu verwirklichen.</p> <p>/// Die nachprüfbare Anwendung von <b>Gender Budgeting</b> mit Indikatoren und einem Monitoring in allen Politikfeldern, um die geschlechtsspezifischen Wirkungen von Budgets und Ausgaben sichtbar zu machen.<sup>19</sup></p>	<p>„Wir <b>unterstützen</b> den zentralen Teil des ‚<b>Investitionsplanes für Europa</b>‘, mit dem die Europäische Union eine verbesserte, zielgenauere Verwendung von EU-Haushaltsmitteln anstrebt. Mithilfe der der Europäischen Investitionsbank (EIB) sollen auf diesem Wege Investitionen mobilisiert werden – mit Schwerpunkt auf Infrastruktur, Forschung und Entwicklung von klimaschonenden Technologien sowie Innovationen kleiner und mittlerer Unternehmen.“ (S. 8)</p> <p>„Wer den Rechtsstaat mit Füßen tritt, dem müssen rasch und konsequent EU-Fördermittel entzogen werden. (...) Wir wollen den Rechtsstaatsmechanismus</p>	<p>„Der <b>EU-Haushalt muss doppelt so groß</b> sein (...). Für das Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele und für Geschlechtergerechtigkeit wird noch immer zu wenig ausgegeben, wir wollen das ändern.“ (S. 20)</p>	<p>„Das EU-Haushaltsverfahren ist durch Intransparenz gekennzeichnet.“ (S. 8)</p> <p>„Das Haushaltsverfahren muss reformiert, die Verhandlungen müssen transparenter geführt und die Einflussmöglichkeiten der nationalen Parlamente erhöht werden.“ (S. 8)</p> <p>„Die EU – konkret vor allem die Kommission – darf nicht noch mehr politischen Einfluss gegenüber den Mitgliedstaaten gewinnen.“ (S. 8)</p> <p>„Die <b>EU-Haushaltsmittel</b> müssen für <b>sinnvolle Ziele und</b></p>

<sup>19</sup> Ebenda.

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<p>/// Die Analyse einer <b>geschlechtergerechten Haushaltserstellung</b> im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 und deren Integration in den zukünftigen MFR 2027-2033.</p> <p>/// Die <b>Knüpfung von Fördermitteln an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundprinzipien</b>. Die Europäische Kommission muss z.B. darauf achten, dass Anti-Gender-Akteur*innen keine europäischen Förderungen erhalten. <b>Europäische Ausgaben müssen europäischen Werten folgen.</b></p>	<p>auf die Verletzung aller Werte der Union ausweiten, unabhängig davon, ob EU-Gelder betroffen. Sind.“ (S. 10)</p> <p>„Weder für Mitgliedstaaten noch für Beitrittskandidaten darf es einen Rabatt bei der <b>Achtung der Bürgerrechte von LSBTIQ</b> geben. Mittel der EU an die betroffenen Länder sind bei Verstößen einzufrieren.“ (S. 11)</p>		<p><b>Maßnahmen</b> eingesetzt werden (...).“ (S. 8)</p>
<b>3.) Gewalt gegen Frauen und Mädchen beenden:</b>			
<p>/// Die konsequente Umsetzung der <b>Istanbul-Konvention</b> und der <b>ILO-Konvention 190</b>.</p>	<p>„Wir setzen uns dafür ein, dass die verbleibenden Länder die <b>Istanbul-Konvention</b> zur Bekämpfung von Gewalt</p>	<p>„Die Linke kämpft gegen Verhältnisse, in denen Frauen, trans und andere queere Menschen</p>	

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<p>/// Im Anschluss an den Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention eine*n EU-Koordinator*in für die Beendigung aller Formen der VAWG zu ernennen, die/der eine kohärente Umsetzung der verschiedenen Rechtsinstrumente sicherstellt.</p> <p>/// Die Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, darunter auch die Bestimmungen zur sexuellen Ausbeutung und zur Cybergewalt, schnellstens zu verabschieden [bzw. dann umzusetzen<sup>20</sup>] und die Rechte der Betroffenen darin in den Mittelpunkt zu stellen.</p>	<p>gegen Frauen ratifizieren und dass alle Länder die Konvention umsetzen.“ (S. 12)</p>	<p>unterdrückt und benachteiligt werden. Wir setzen uns dafür ein, die Lebensbedingungen aller Frauen zu verbessern und sie konsequent vor Gewalt zu schützen.“ (S. 81)</p> <p>„Die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt muss in allen Mitgliedsstaaten vorbehaltlos umgesetzt werden. Flächendeckende Versorgung für von Gewalt betroffene Frauen mit Schutzräumen, Beratungsangeboten und psychologischer Begleitung. Auch digitale Gewalt gegen Frauen muss bekämpft werden.“ (S. 81)</p> <p>„Gewalt gegen Frauen, trans und queere Personen und ihre Verfolgung muss als Asylgrund europaweit anerkannt werden. Es</p>	

<sup>20</sup> Ergänzt im März 2024.

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
		<p>braucht spezifische Unterstützung und psychologische Begleitung für die Opfer von sexueller Gewalt aus Kriegsgebieten und menschenverachtender Regimes.“ (S. 82)</p> <p>„<b>Hassgewalt</b>, insbesondere gegen trans, inter und nichtbinäre Menschen muss konsequenter verfolgt und bestraft werden. (...) Wir wollen die <b>Prävention von trans- und queerfeindlicher Gewalt</b> in allen gesellschaftlichen Bereichen <b>stärken.</b>“ (S. 83)</p>	
<b>4.) Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte schützen und stärken:</b>			
<p><b>///</b> Gesicherten <b>Zugang</b> zu allen <b>Leistungen der nationalen Gesundheitsversorgungssysteme</b> für alle Menschen in der EU, inklusive Geflüchteten sowie Menschen mit irregulärem Aufenthaltsstatus.</p>	<p>„<b>Reproduktive Rechte</b> wie Eizellenspende und altruistische Leihmutterschaft müssen, wenn sie in einem EU-Mitgliedstaat rechtmäßig in Anspruch genommen wurden, in anderen EU-Staaten <b>geachtet werden</b> und dürfen für ihre Staatsbürger <b>nicht unter Strafe gestellt</b> werden.“ (S. 11)</p>	<p>„<b>Alle Menschen</b> in der EU müssen ein <b>Recht auf und Zugang zu guter Gesundheitsversorgung haben.</b>“ (S. 27)</p> <p>„Die Linke setzt sich für eine <b>grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung</b> für alle</p>	

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<p>/// Die <b>Anerkennung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte</b> als Teil der <b>Menschenrechte</b> und deren Integration in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.</p> <p>/// Die Gewährleistung eines <b>Zugangs zu sicheren Abtreibungen</b> für alle Frauen unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Minderheitengruppen wie Migrantinnen oder Frauen mit Behinderungen.</p> <p>/// Den kostenlosen, hochwertigen und gleichberechtigten <b>Zugang zu Verhütungsmitteln</b> sicherzustellen, darunter Notfall-Verhütungsmittel, sowie weitere Forschung zu fördern, um das Risiko schädlicher Nebenwirkungen von Verhütungsmitteln für Frauen zu reduzieren, und neue Formen von <b>Verhütungsmitteln für Männer</b> zu</p>	<p>„Wir fordern, dass das <b>Recht auf gesundheitliche Versorgung</b> mit einem <b>sicheren Schwangerschaftsabbruch</b> in Europa gewährleistet werden muss und dass die <b>reproduktiven Rechte</b> in allen Mitgliedstaaten <b>geachtet</b> werden müssen. Wir sprechen uns für einen <b>europaweiten Endometriose-Aktionsplan</b> aus.“ (S. 12)</p> <p>„<b>Menschenrechtsverbrechen</b> wie die massenhafte Internierung und Zwangssterilisierung der Uiguren müssen <b>sanktioniert</b> werden.“ (S. 14)</p> <p>„Wir wollen die Kooperation zwischen der EU und der Weltgesundheitsorganisation ausbauen und die Implementierung der globalen Gesundheitsstrategie der EU entschlossen vorantreiben.“ (S. 19)</p>	<p>Menschen in Europa ein. (...) In Deutschland sind Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis von Leistungen ausgeschlossen. Das wollen wir ändern.“ (S. 27)</p> <p>„Die <b>Ausbildung von Hebammen</b> muss europaweit <b>gefördert</b> werden. (...) Es braucht ein europaweit koordiniertes Ausbildungsprogramm für Gesundheitsversorgung, Pflege und Geburtshilfe.“ (S. 29)</p> <p>„<b>Verbindliche Mindeststandards</b> für eine wohnortnahe medizinische Versorgung (ambulant und stationär) bei Krankheit und Schwangerschaft (mit Vor- und Nachsorgeangeboten). <b>Unabhängige Frauengesundheitseinrichtungen und -initiativen</b> sowie frauenspezifische</p>	

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<p>entwickeln und auf den Markt zu bringen.</p> <p>/// Die Integration einer umfassenden <b>Beziehungs- und Sexualerziehung</b> in die schulischen Lehrpläne, die sich an <b>Selbstbestimmung, Respekt, Gegenseitigkeit, Einverständnis</b>, sicherem und genussvollen Geschlechtsverkehr orientiert und Geschlechterstereotype bekämpft.</p> <p>/// Weibliche <b>Genitalverstümmelung</b> und den Zwang zu anderen chirurgischen Eingriffen sowie alle anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt und des Missbrauchs der Sexualität und der reproduktiven Rechte von Frauen und Mädchen zu verhindern, zu verbieten und <b>unter Strafe zu stellen</b>, dazu gehören auch <b>Zwangsabtreibungen, Zwangsehen und Zwangssterilisationen</b>.</p>		<p>Gesundheitsforschung wollen wir <b>stärker finanziell fördern.</b>“ (S. 81)</p> <p>„<b>Reproduktive Rechte</b> in ganz Europa <b>stärken</b>. Abschaffung aller Einschränkungen des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch in den Strafgesetzbüchern der EU-Mitgliedsländer. <b>Finanzielle Unterstützung von Bündnissen für sexuelle und körperliche Selbstbestimmung</b> (...), die sich für die <b>Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs</b> einsetzen. <b>Kostenfreie Empfängnisverhütung</b> (inklusive ‚Pille danach‘) für alle. Es müssen Gelder für die Erforschung neuer Verhütungsmittel bereitgestellt werden, besonders für Männer. Sicherer und kostenloser Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen überall in Europa.“ (S. 82)</p>	

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
		<p>„<b>Mehr Beratungs- und Gesundheitszentren für queere</b> und insbesondere für trans und inter <b>Menschen</b> und eine umfassende und kostenfreie <b>Gesundheitsversorgung</b>, die niedrigschwellig und diskriminierungssensibel ist.“ (S. 83)</p>	
<b>5.) Rechte von geflüchteten Frauen und Mädchen wirksam durchsetzen:</b>			
<p>/// Ein <b>humanes und solidarisches gemeinsames Europäisches Asylsystem</b>, rechtsstaatliche Asylverfahren, die Abschaffung des Prinzips der sicheren Herkunfts- und Drittstaaten und die Entwicklung eines gerechten Verteilungsmechanismus innerhalb Europas.</p> <p>/// Sicherzustellen, dass die <b>Rechte von zugewanderten und geflüchteten Frauen und Mädchen geschützt</b> werden, insbesondere bei der Gewährung eines eigenen Aufenthaltsstatus.</p>	<p>„Wir <b>verteidigen</b> das <b>Recht auf Schutz vor Verfolgung</b>, aber wer keine Chance auf ein Bleiberecht in der EU hat, sollte möglichst gar nicht erst einreisen.“ (S. 10)</p> <p>„Wir <b>befürworten</b> die <b>Einrichtung Europäischer Asylzentren</b> an der EU-Außengrenze, die unter Wahrung humanitärer Standards ein effizientes und schnelles Asylverfahren gewährleisten sollen. Wir wollen, dass Asylbewerber zur Bearbeitung des Asylverfahrens in sichere Drittstaaten überführt und bis zur Anerkennung des</p>	<p>„Wir fordern einen <b>EU-weiten Fonds</b>, der <b>Geflüchteten</b> Bewegungsfreiheit sichert und aufnahmebereiten Kommunen und solidarischen Städten <b>hilft</b>.“ (S. 22)</p> <p>„Geflüchtete müssen unabhängig von ihrer Herkunft <b>schneller und unbürokratischer aufgenommen</b> werden. Dass das möglich ist, sieht man am Umgang mit den Geflüchteten aus der Ukraine. Dieser Umgang muss für alle Geflüchteten gelten.“ (S. 66)</p>	<p>„Wir wollen die <b>unkontrollierte Migration in die EU stoppen</b>, den Schlepperbanden das Handwerk legen und in den Heimatländern Perspektiven schaffen. (...) Die Asyl- und Prüfverfahren zum Schutzstatus sollten daher an den EU-Außengrenzen oder in Drittländern erfolgen.“ (S. 4)</p> <p>„Menschen, die aus politischen, religiösen oder anderen Gründen verfolgt werden und deshalb aus ihrer Heimat fliehen müssen, haben ein <b>Recht auf Asyl</b>.“ (S. 16)</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<p>/// <b>Gewaltschutz auf den Fluchtrouten und in Erstaufnahmelagern.</b> Missstände in den Erstaufnahmeeinrichtungen müssen unter besonderer Berücksichtigung der Situation von Frauen und Mädchen überprüft und beseitigt werden.</p> <p>/// Anwendung der <b>humanen Aufnahmestandards</b>, die in der EU für ukrainische Geflüchtete gelten, für alle Geflüchteten.</p> <p>/// Kostenlosen <b>Zugang zu psychosozialer und gesundheitlicher Versorgung</b> für Geflüchtete, inklusive des Zugangs zu straffreiem Schwangerschaftsabbruch – unabhängig von den gesetzlichen Regelungen im Aufnahmeland.</p> <p>/// <b>Förderhilfen für Frauenorganisationen</b> und</p>	<p>Asylantrags im Drittstaat untergebracht werden können – unter Gewährleistung humanitärer und rechtsstaatlicher Standards.“ (S. 10)</p> <p>„Wir wollen die <b>Prüfung von Asylanträgen in Drittstaaten</b> ermöglichen.“ (S. 10)</p> <p>„Die ‚<b>Verfolgung wegen sexueller Identität</b>‘ bleibt für uns ein <b>Asylgrund</b> in Europa.“ (S. 11)</p>	<p>„Die <b>Grundrechte</b> in Europa müssen <b>unantastbar und einklagbar</b> sein. Auch die Geflüchteten, die sich auf den Weg in die Europäische Union machen, sind Träger*innen dieser Grundrechte. Wie die EU die Geflüchteten behandelt, sagt etwas über die Menschenwürde überall in der EU aus.“ (S. 76)</p> <p>„Bedarfs- und bedürfnisgerechte Unterbringung und <b>Schutzräume</b> für geflüchtete Frauen und ihre Kinder sowie für trans und queere Menschen. <b>Sozialpädagogisches Fachpersonal mit gender- und queersensibler Schulung</b> in den Unterkünften.“ (S. 82)</p> <p>„Die Linke steht für eine <b>solidarische und humane Migrations- und Asylpolitik</b>, die die Genfer Flüchtlingskonvention, die Europäische</p>	<p>„Im Rahmen von begrenzten Kontingenten müssen Menschen besser unterstützt werden, die bereits einen Arbeitsvertrag und eine sichere finanzielle Perspektive haben. Zuwanderer, die durch Spracherwerb und Arbeit bereits über längere Zeiträume gut integriert sind, brauchen <b>verlässliche Perspektiven</b>.“ (S. 18)</p> <p>„Migration [ist] nicht die Lösung für das Problem von Armut und Ungleichheit in der Welt.“ (S. 17)</p> <p>„In Frankreich und anderen Ländern, etwas schwächer ausgeprägt auch in Deutschland sind in den zurückliegenden Jahren durch eine völlig verfehlte Einwanderungspolitik islamistisch geprägte Parallelgesellschaften entstanden, in denen Recht und Gesetz nur noch eingeschränkt</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
Zivilgesellschaft, die die Interessen von geflüchteten Frauen vertreten.		<p>Menschenrechtskonvention und insgesamt die <b>Menschenrechte und die Humanität zum Maßstab ihres Handelns</b> nimmt.“ (S. 87)</p> <p>„Wir wollen ein <b>humanes und menschenrechtsbasiertes Aufnahmesystem</b>, das eine menschenwürdige Versorgung und Unterbringung von Schutzsuchenden jederzeit uneingeschränkt gewährleistet.“ (S. 88)</p> <p>„Es darf keine Auslagerung von Asylverfahren in Drittländer geben.“ (S. 88)</p> <p>„<b>Individueller Bedarf besonders schutzbedürftiger Gruppen</b> muss <b>berücksichtigt</b> werden: von queeren Geflüchteten, unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten und weiteren verletzlichen und schutzbedürftigen („vulnerablen“)</p>	<p>gelten, die Scharia gepredigt wird und Kinder im Hass auf die westliche Kultur aufwachsen.“ (S. 17)</p> <p>„Wir fordern eine grundlegende <b>Reform der Flüchtlings- und Migrationspolitik</b>. (...) Rechtsstaatliche Asylverfahren an den Außengrenzen und in Drittstaaten (...).“ (S. 17)</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
		<p>Gruppen. Für ihre besonderen Schutz- und Hilfebedürfnisse braucht es qualifiziertes Fachpersonal und geeignete Unterkünfte.</p> <p>Zivilgesellschaftliche Initiativen und NGOs, die sich für die Rechte und Selbstorganisation einsetzen, müssen finanziell unterstützt und gestärkt werden.“ (S. 89)</p> <p>„Menschen ohne Aufenthaltsstatus (sollen)(...) <b>Zugang zu guter Gesundheitsversorgung</b> haben.“ (S. 89)</p>	
<b>6.) Feministische Außen- und Entwicklungspolitik voranbringen:</b>			
<p><b>/// Geschlechtergerechtigkeit</b> konsequent als <b>Leitbild des europäischen außenpolitischen Handelns</b> der internationalen und Entwicklungszusammenarbeit anzuwenden.</p>	<p>„Und in Europa steckt die Energie, ein <b>starker und handlungsfähiger Akteur</b> in den <b>internationalen Beziehungen</b> zu werden, der mit einer Stimme <b>für Demokratie und Menschenrechte</b> weltweit eintritt – und im Ernstfall auch dafür kämpft.“ (S.1)</p>	<p>„Die EU muss den Fokus auf <b>zivile Friedensmaßnahmen</b> wie die Einbindung von Fraueninitiativen, Ausbildungsprogramme, Einsammeln von Schusswaffen und auf zivile Vermittler richten. Die für den zivilen Friedensdienst zur Verfügung gestellten Mittel müssen</p>	<p>„Wir setzen uns für eine neue <b>gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung</b> ein, um ein gemeinsames Haus Europa aufzubauen.“ (S. 3)</p> <p>„Statt auf eine Außenpolitik der friedlichen Konfliktbeilegung, auf Ausgleich, Diplomatie und</p>

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<p><b>/// Feministische Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit</b> muss auf den <b>4 Rs</b> gründen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Rights</b> (Frauenrechte): Die EU muss sich für die Rechte sowie deren Verwirklichung und den Schutz von Frauen in all ihrer Vielfalt, von Frauenorganisationen und Frauenrechtsverteidiger*innen einsetzen.</li> <li>• <b>Resources</b> (Finanzierung): Alle Projekte in der internationalen Zusammenarbeit müssen zu mehr Gleichstellung führen. Das Ziel der EU von 85% bei Programmen, die neben anderen Zielen auch der Gleichstellung dienen (sogenannte GG1-Kennung)<sup>21</sup>,</li> </ul>	<p>„Europäische Entwicklungszusammenarbeit muss <b>Fluchtursachen</b> vor allem <b>präventiv angehen</b> und damit auf längere Sicht abmildern. Wir befürworten die Einrichtung humanitärer Schutzzonen im Einvernehmen mit den jeweiligen Staaten und mit der Finanzierung der EU.“ (S. 10)</p>	<p>systematisch erhöht werden.“ (S. 70)</p>	<p>Entspannung zu setzen, wird auch in der EU massiv aufgerüstet.“ (S. 14)</p> <p>„Der Krieg in der Ukraine ist ein blutiger Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland.“ (S. 14)</p> <p>„Statt zu versuchen, die Länder des globalen Südens für Konflikte zu instrumentalisieren oder sie moralisch zu belehren, ist es Zeit für einen Dialog und eine Kooperation auf Augenhöhe.“ (S. 15)</p> <p>„Unser Ziel ist eine neue europäische Friedensordnung, die längerfristig auch Russland einschließen soll.“ (S. 15)</p>

<sup>21</sup> Die EU hat sich verpflichtet, dass bis 2025 mindestens 85 % aller neuen Maßnahmen im Außenbereich als Hauptziel oder wesentliches Ziel die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen aufnehmen. Siehe Gender Action Plan (GAP) III, S. 5, abrufbar unter [https://www.eeas.europa.eu/eeas/gender-action-plan-iii-towards-gender-equal-world\\_en](https://www.eeas.europa.eu/eeas/gender-action-plan-iii-towards-gender-equal-world_en).

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<p>ist bislang noch nicht erreicht (2021: 71%).<sup>22</sup></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Repräsentanz</b> (paritätische Beteiligung): Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Gremien der Außenpolitik, der Zusammenarbeit und in Friedensprozessen muss sichergestellt werden. Bisher ist der Anspruch der EU mindestens 33 % Frauen an allen Aktivitäten und Projekten der EU im Zusammenhang mit Friedensprozessen zu beteiligen (siehe GAP III) noch lange nicht erreicht.<sup>23</sup></li> </ul>			<p>„Wir stellen uns gegen die weitere Militarisierung der EU.“ (S. 15)</p> <p>„Die in den letzten Jahren aufgebauten militärischen Strukturen (...) müssen abgebaut und die dadurch frei gewordenen Finanzmittel für Instrumente der zivilen Konfliktlösung eingesetzt werden.“ (S. 15)</p>

<sup>22</sup> EU Commission (2023): 2023 Report on gender equality, S. 67, abrufbar unter [https://uploads-ssl.webflow.com/61f16979baeb63589bbf0435/641c167b468d591b9e370d5a\\_annual\\_report\\_GE\\_2023\\_web\\_EN\\_0.pdf](https://uploads-ssl.webflow.com/61f16979baeb63589bbf0435/641c167b468d591b9e370d5a_annual_report_GE_2023_web_EN_0.pdf). Daten für 2022 lagen im Oktober 2023 noch nicht bereit. Update (März 2024): EU Commission (2024): 2024 Report on gender equality, S. 65, abrufbar unter [https://commission.europa.eu/document/download/965ed6c9-3983-4299-8581-046bf0735702\\_en?filename=2024%20Report%20on%20Gender%20Equality%20in%20the%20EU\\_coming%20soon.pdf](https://commission.europa.eu/document/download/965ed6c9-3983-4299-8581-046bf0735702_en?filename=2024%20Report%20on%20Gender%20Equality%20in%20the%20EU_coming%20soon.pdf).

<sup>23</sup> Zwischen 1992 und 2018 waren Frauen nur zu 13 % an der Verhandlungsführung, zu 6 % an der Vermittlung und zu 6 % an der Vertragsunterzeichnung in wichtigen Friedensprozessen beteiligt. Siehe GAP III, S. 19.

Analyse der EU-Wahlprogramme			
DF <sup>14</sup>	FDP <sup>15</sup>	DIE LINKE <sup>16</sup>	BSW <sup>17</sup>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Research</b> (Forschung): Die Maßnahmen müssen auf geschlechtsspezifischen Daten und Geschlechterforschung aufbauen können und durch ein institutionalisiertes Monitoring regelmäßig überprüft werden.</li> </ul>			